

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 28. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
14.12.2011**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:03 Uhr bis 18:18 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	Stadtratsvorsitzender	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sängler	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme ab 14:27 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	Teilnahme ab 14:30 Uhr
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	Teilnahme bis 18:40 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:06 Uhr
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	Teilnahme ab 14:06 Uhr
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:15 Uhr
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	Teilnahme 14:50 bis 17:15 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Robert Bonan	parteilos	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	Teilnahme ab 14:27 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	Teilnahme ab 14:27 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Teilnahme ab 14:06 Uhr
Herr Andreas Hajek	parteilos	
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Frau Martina Wildgrube	FDP	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 14:35 Uhr
Herr Gerhard Pitsch	NPD	

Herr Egbert Geier  
Herr Uwe Stäglin  
Herr Dr. Bernd Wiegand  
Herr Tobias Kogge  
Herr Wolfram Neumann

Beigeordneter  
Beigeordneter  
Beigeordneter  
Beigeordneter  
Beigeordneter

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Uwe Heft  
Herr Manfred Schuster

parteilos  
DIE GRAUEN/Volkssolidarität

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Roland Manske** äußerte sich zur vorgesehenen Tarifänderung der HAVAG ab August 2012. Es wäre beabsichtigt, dass Rentner ab 65 Jahre ein vergünstigtes Ticket erwerben können. Darunter fallen allerdings nicht diejenigen, die erwerbsunfähig seien und eine Rente erhalten.

Infolge dessen fragte **Herr Manske**, ob es möglich wäre, diesen Personenkreis in die Gruppe der Rentner ab 65 Jahre mit aufzunehmen, so dass diese ebenfalls ein vergünstigtes Ticket erwerben können.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine Prüfung zu und merkte an, dass die Verwaltung möglicherweise in einer der nächsten Stadtratssitzungen über das vorgesehene Tarifsysteem der HAVAG berichten werde.

---

**Frau Petra Müller** berichtete als Mitarbeiterin des S.C.H.I.R.M.-Projekt Halle e. V. über die Arbeit der vergangenen Jahre und äußerte sich mit folgenden Fragen:

Ist niedrigschwellige soziale Arbeit politisch noch erwünscht?  
Wenn dieses Angebot wegfällt, wie soll es dann kompensiert werden?

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wies ausdrücklich darauf hin, dass insbesondere niedrigschwellige Kinder- und Jugendarbeit äußerst wichtig sei und dass der S.C.H.I.R.M.-Projekt Halle e. V. stets sehr gute Arbeit geleistet habe. Die Finanzierung der Projekte erfolge anteilig über das Land, den Saalekreis und der Stadt Halle.

Zudem wurde seitens des zuständigen Dezernates dahin gehend eine Übersicht erarbeitet, welche im Jugendhilfeausschuss diskutiert werde, so dass sie davon ausgehe, dass der Arbeit des S.C.H.I.R.M.-Projektes Rechnung getragen werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnern. **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.

## zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 28. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 46 Mitglieder des Stadtrates (80,70 %) anwesend.

## zu 2      **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 5.10      Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100  
Vorlage: V/2010/09265  
*es erfolgt vorerst eine Beratung zu den Finanzierungsmöglichkeiten in der Hauptausschusssitzung im Januar 2012*
- TOP 5.10.1    Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlage: V/2010/09265  
Vorlage: V/2011/09529  
*zurückgezogen*
- TOP 5.10.2    Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage: V/2010/09265 - Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100  
Vorlage: V/2011/09828  
*es erfolgt vorerst eine Beratung zu den Finanzierungsmöglichkeiten in der Hauptausschusssitzung im Januar 2012*

Hierzu liegen zwei weitere Änderungsanträge vor; diese werden ebenfalls abgesetzt.

- TOP 5.10.3    Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100 (V/2010/09265)  
Vorlage: V/2011/10320
- TOP 5.10.4    Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck (Fraktion DIE LINKE.) zur Beschlussvorlage "Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100"  
Vorlagen-Nr.: V/2011/09265  
Vorlage: V/2011/10327

- 
- TOP 5.11      Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100  
Vorlage: V/2010/08946
- TOP 5.11.1    Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlage: V/2010/08946  
Vorlage: V/2011/09530
- TOP 5.11.2    Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage: V/2010/08946 - Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis B 100  
Vorlage: V/2011/09829

*Es erfolgt vorerst eine Beratung zu den Finanzierungsmöglichkeiten in der Hauptausschusssitzung im Januar 2012.*

Hierzu liegt ein weiterer Änderungsantrag vor; dieser wird ebenfalls abgesetzt:

TOP 5.11.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlage V/2010/08946)  
Vorlage: V/2011/10322

---

TOP 5.13.1 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)  
Vorlage: V/2011/10189  
*erledigt, von Verwaltung übernommen*

TOP 5.13.6 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)  
Vorlage: V/2011/10192  
*zurückgezogen durch Antragsteller*

---

TOP 5.20.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 (Vorlagen-Nr. V/2011/09930)  
Vorlage: V/2011/10251  
*zurückgezogen durch Antragsteller*

TOP 5.20.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 ( V/2011/09930)  
Vorlage: V/2011/10254  
*zurückgezogen durch Antragsteller*

TOP 5.20.4 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/2010 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 ( Vorlagen-Nr. V2011/09930)  
Vorlage: V/2011/10309  
*erledigt, von Verwaltung übernommen*

---

TOP 5.21.1 Änderungsantrag des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE.) zur Beschlussvorlage "Langfristkonzept Saline-Ensemble" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09849)  
Vorlage: V/2011/10325  
*erledigt, von Verwaltung übernommen*

TOP 5.21.2 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (SPD-Stadtratsfraktion) zur Beschlussvorlage "Langfristkonzept Salinje Ensemble" (Vorlage V/2011/09849)  
Vorlage: V/2011/10326  
*erledigt, von Verwaltung übernommen*

---

TOP 6.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einrichtung eines Fußgängerüberweges auf dem Joliot-Curie-Platz  
Vorlage: V/2011/10076  
*im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 01.12.2011 vertagt*

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass eine Dringlichkeitsvorlage vorliege:

Genehmigung einer Mehrausgabe für das Vorhaben Netzanschluss Anschlussstelle Gimritzer Damm - Trafostation, Technische Anlagen Stromversorgung, im Haushaltsjahr 2011  
Vorlage: V/2011/10339

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, bat um Aufnahme auf die Tagesordnung, um das Bauvorhaben aus Hochwasserschutzgründen noch in diesem Jahr abschließen zu können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Dringlichkeitsvorlage.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Dringlichkeitsvorlage zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** mit mehr als 2/3-Mehrheit einstimmig zugestimmt  
**Vorlage: V/2011/10339**  
Die Vorlage wird unter TOP 5.22 behandelt.

---

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

zu 5.12 Bebauungsplan Nr. 146 "Gewerbegebiet Grenzstraße - Europachaussee (HES)" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Vorlage: V/2011/10193

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

---

zu 5.13 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09942

Hierzu liegen Austauschblätter vor.

Zudem liegt ein weiterer Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2011/09942  
Vorlage: V/2011/10340

---

zu 5.14 Verlängerungsvertrag über die Durchführung der öffentlichen Abfallentsorgung im Gebiet der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/10194

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Bodo Meerheim (Fraktion DIE LINKE.) zur Beschlussvorlage "Verlängerungsvertrag über die Durchführung der öffentlichen Abfallentsorgung im Gebiet der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2011/10194)  
Vorlage: V/2011/10324

---

zu 5.20 Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13  
Vorlage: V/2011/09930

Hierzu liegen Austauschblätter vor.

Zudem liegt ein weiterer Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 (Vorlagen-Nr. V/2011/09930)  
Vorlage: V/2011/10321

---

zu 7.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines verbindlichen Konzeptes für den Weihnachtsmarkt 2012 (inkl. "Wintermarkt")  
Vorlage: V/2011/10278

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines verbindlichen Konzeptes für den Weihnachtsmarkt 2012 (inkl. „Wintermarkt“) (Vorlage: V/2011/10278)  
Vorlage: V/2011/10328

---

zu 7.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aktualisierung der Spielflächenkonzeption aus dem Jahr 2006  
Vorlage: V/2011/10293

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aktualisierung der Spielflächenkonzeption aus dem Jahr 2006 (V/2011/10293)  
Vorlage: V/2011/10323

---

zu 7.4      Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe im Jahr 2012  
Vorlage: V/2011/10301

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung des TOP 9.3

Grundsätze der Verkehrsorganisation in der Altstadt von Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/10023

Dieses Konzept beziehe sich u. a. auf verkehrsberuhigte Zonen und die Absenkung von Bordsteinen. Zudem sei die Zufahrt zur Tiefgarage nicht geklärt und es wären in den verkehrsberuhigten Zonen Einbahnstraßen ausgewiesen, welche verkehrsrechtlich nicht möglich seien. Demzufolge sollte seines Erachtens zuvor eine Beratung in den Ausschüssen erfolgen, ob dies in dem Umfang notwendig sei.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sprach sich gegen die Absetzung des TOP 9.3 aus. Die Vorlage diene der Information, eine Beschlussfassung erfolge nicht. Es stünde den Stadtratsmitgliedern und Fraktionen frei, diesen Sachverhalt im Ausschuss für Planungsangelegenheiten bzw. über Anträge und Anfragen jederzeit erneut zu thematisieren.

Darüber hinaus wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass das Verkehrskonzept im Ausschuss für Planungsangelegenheiten bereits vorgestellt wurde.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, erklärte, dass bei Kenntnisnahme des Stadtrates zur Vorlage davon auszugehen sei, dass die Verwaltung weiter danach verfare. Aus diesem Grund wäre zuvor eine Diskussion in den Ausschüssen erforderlich.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Kley auf Absetzung des TOP 9.3.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

15 Ja-Stimmen

19 Nein-Stimmen

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, merkte eingangs an, dass eine Abstimmung zur Absetzung von Mitteilungen unnötig sei, da es Entscheidung der Verwaltung wäre, worüber sie informiere.

Des Weiteren bezog sich **Herr Wolter** auf den TOP 6.1

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Änderung der Satzung zur Schülerförderung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011  
Vorlage: V/2011/10217

und machte darauf aufmerksam, dass der Antrag seitens des Antragstellers in der letzten Stadtratssitzung vertagt wurde. Demzufolge handele es sich hierbei nicht um eine Wiedervorlage, sondern um einen Antrag, welcher unter dem TOP 7 behandelt werden müsse.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** stimmte dem zu.

Somit wird der TOP 6.1

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Änderung der Satzung zur Schülerförderung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011  
Vorlage: V/2011/10217

unter TOP 7.5 beraten.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 23.11.2011
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung vom 23.11.2011 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1 Bestimmung des ersten allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisterin  
Vorlage: V/2011/10280
- 5.2 Einbringung doppischer Haushalt 2012  
Vorlage: V/2011/10306
- 5.3 Aufhebung eines Beschlusses und Beschluss über die Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen  
Vorlage: V/2011/10302

- 5.4 Widerspruch der Oberbürgermeisterin gegen den Beschluss des Stadtrates vom 23.11.2011 zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Förderung der Jugendhilfe, Vorlage-Nr.: V/2011/10211  
Vorlage: V/2011/10303
- 5.5 Umsetzung der Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes vom 17.11.2011 hier: Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 26.10.2011 zur Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen  
Vorlage: V/2011/10288
- 5.6 Personalentwicklungskonzept und Personalbedarfsplanung 2011 - 2020  
Vorlage: V/2011/10146
- 5.7 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8, § 9 ÖPNV- Gesetz des Landes für die HAVAG für das Jahr 2012 und die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen  
Vorlage: V/2011/10112
- 5.8 Genehmigung einer Mehrausgabe für das Vorhaben Förderung des ÖPNV, Jahresansätze, Investitionszuschuss an öffentl.-wirtsch. Unternehmen, im Haushaltsjahr 2011  
Vorlage: V/2011/10276
- 5.9. Innenbereichssatzung Nr. 1, Am Pestalozzipark -Satzungsbeschluss  
Vorlage: V/2011/10032
- 5.10 *Grundsatzbeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100*  
Vorlage: V/2010/09265 abgesetzt
- 5.10.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Grundsatzbeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlage: V/2010/09265*  
Vorlage: V/2011/09529 abgesetzt
- 5.10.2 *Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage: V/2010/09265 - Grundsatzbeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100*  
Vorlage: V/2011/09828 abgesetzt
- 5.10.3 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Grundsatzbeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100 (V/2010/09265)*  
Vorlage: V/2011/10320 abgesetzt
- 5.10.4 *Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck (Fraktion DIE LINKE.) zur Beschlussvorlage "Grundsatzbeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100" Vorlagen-Nr.: V/2011/09265*  
Vorlage: V/2011/10327 abgesetzt
- 5.11 *Baubeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100*  
Vorlage: V/2010/08946 abgesetzt

- 5.11.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Baubeschluss HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlage: V/2010/08946*  
Vorlage: V/2011/09530 abgesetzt
- 5.11.2 *Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage: V/2010/08946 - Baubeschluss HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis B 100*  
Vorlage: V/2011/09829 abgesetzt
- 5.11.3 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Baubeschluss HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlage V/2010/08946)*  
Vorlage: V/2011/10322 abgesetzt
- 5.12 Bebauungsplan Nr. 146 "Gewerbegebiet Grenzstraße - Europachaussee (HES)" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Vorlage: V/2011/10193
- 5.13 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09942
- 5.13.1 *Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)*  
Vorlage: V/2011/10189 abgesetzt
- 5.13.2 *Änderungsantrag des Stadtrates Raik Müller (CDU) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)*  
Vorlage: V/2011/10123
- 5.13.3 *Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) [V/2011/09942]*  
Vorlage: V/2011/10255
- 5.13.4 *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)*  
Vorlage: V/2011/10188
- 5.13.5 *Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)*  
Vorlage: V/2011/10190
- 5.13.6 *Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)*  
Vorlage: V/2011/10192 abgesetzt
- 5.13.7 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2011/09942*  
Vorlage: V/2011/10340
- 5.14 Verlängerungsvertrag über die Durchführung der öffentlichen Abfallentsorgung im Gebiet der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/10194

- 5.14.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Bodo Meerheim (Fraktion DIE LINKE.) zur Beschlussvorlage "Verlängerungsvertrag über die Durchführung der öffentlichen Abfallentsorgung im Gebiet der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2011/10194)  
Vorlage: V/2011/10324
- 5.15 Zweckvereinbarung zur Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Abfallentsorgung im Gewerbegebiet an der A 14  
Vorlage: V/2011/10170
- 5.16 Ergänzung Baubeschluss vom 25.04.2007 zur Erhöhung der Tragfähigkeit der Bauwerke 34 und 35 Brücken über den Riebeckplatz im Zuge der B 6, Neugestaltung der Rampen  
Vorlage: V/2011/10055
- 5.17 Umstufung eines Teilstücks der Zscherbener Landstraße und eines Teilstücks der Weststraße  
Vorlage: V/2011/10231
- 5.18 Beabsichtigte Einziehung des Parkplatzes Göttinger Bogen Ecke Weststraße  
Vorlage: V/2011/10235
- 5.19 2. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis vom 27.02.2008  
Vorlage: V/2011/10178
- 5.20 Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13  
Vorlage: V/2011/09930
- 5.20.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 (Vorlagen-Nr. V/2011/09930)*  
Vorlage: V/2011/10251 *abgesetzt*
- 5.20.2 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 ( V/2011/09930)*  
Vorlage: V/2011/10254 *abgesetzt*
- 5.20.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 (Vorlage: V/2011/09930)  
Vorlage: V/2011/10264
- 5.20.4 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/2010 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 ( Vorlagen-Nr. V2011/09930)*  
Vorlage: V/2011/10309 *abgesetzt*
- 5.20.5 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 (Vorlagen-Nr. V/2011/09930)  
Vorlage: V/2011/10321
- 5.21 Langfristkonzept Saline-Ensemble  
Vorlage: V/2011/09849

- 5.21.1 *Änderungsantrag des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE.) zur Beschlussvorlage "Langfristkonzept Saline-Ensemble" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09849)*  
Vorlage: V/2011/10325 abgesetzt
- 5.21.2 *Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (SPD-Stadtratsfraktion) zur Beschlussvorlage "Langfristkonzept Salinje Ensemble" (Vorlage V/2011/09849)*  
Vorlage: V/2011/10326 abgesetzt
- 5.22 Genehmigung einer Mehrausgabe für das Vorhaben Netzanschluss Anschlussstelle Gimritzer Damm - Trafostation, Technische Anlagen Stromversorgung, im Haushaltsjahr 2011  
Vorlage: V/2011/10339
6. Wiedervorlage
- 6.1 Beratung erfolgt unter TOP 7.5
- 6.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Gestaltung des Marktplatzes  
Vorlage: V/2011/09695
- 6.3 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einrichtung eines Fußgängerüberweges auf dem Joliot-Curie-Platz*  
Vorlage: V/2011/10076 abgesetzt
- 6.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sportverwaltung in Halle  
Vorlage: V/2011/10070
- 6.4.1 *Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Sportverwaltung in Halle*  
Vorlage: V/2011/10287
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Wegweisung am Hauptbahnhof  
Vorlage: V/2011/10291
- 7.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines verbindlichen Konzeptes für den Weihnachtsmarkt 2012 (inkl. "Wintermarkt")  
Vorlage: V/2011/10278
- 7.2.1 *Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines verbindlichen Konzeptes für den Weihnachtsmarkt 2012 (inkl. „Wintermarkt“)* (Vorlage: V/2011/10278)  
Vorlage: V/2011/10328
- 7.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aktualisierung der Spielflächenkonzeption aus dem Jahr 2006  
Vorlage: V/2011/10293
- 7.3.1 *Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aktualisierung der Spielflächenkonzeption aus dem Jahr 2006* (V/2011/10293)  
Vorlage: V/2011/10323
- 7.4 Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Angebote der Träger der frei-

en Jugendhilfe im Jahr 2012  
Vorlage: V/2011/10301

7.4.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe im Jahr 2012 (Vorl. V/2011/10301)*

Vorlage: V/2011/10342

*während der Sitzung eingebracht*

7.5 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung in  
alt 6.1 der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011

Vorlage: V/2011/10217

8. schriftliche Anfragen von Stadträten

8.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend die Genossenschaft "Kommunale IT-Union eG"

Vorlage: V/2011/10279

8.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft

Vorlage: V/2011/10289

8.3 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Rückstellungsempfehlungen bei der Schuleingangsuntersuchung

Vorlage: V/2011/10292

8.4 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Vermietungsangeboten der Landeskunststiftung an Vereine und Verbände

Vorlage: V/2011/10294

8.5 Anfrage der Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Stadtratsfraktion) zur Kontrolle der Fremdfirmen durch das Grünflächenamt

Vorlage: V/2011/10267

8.6 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung von Vorschlägen für Förderungen durch die Saalesparkasse

Vorlage: V/2011/10295

8.7 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Hortbedarfsplanung

Vorlage: V/2011/10297

8.8 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung von Stadtratsbeschlüssen

Vorlage: V/2011/10298

8.9 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zum Umsetzungsstand der grünordnerischen Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 8.3 und Nr. 8.4 in Halle-Büschdorf

Vorlage: V/2011/10299

8.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Neuschaffung von Parkmöglichkeiten am Robert-Franz-Ring

Vorlage: V/2011/10300

8.11 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) und der Stadträtin Sabine

Wolff (NEUES FORUM) zur Problematik der Katzenkastration  
Vorlage: V/2011/10236

- 8.12 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Kleingartenanlage "Steinernen Jungfrau"  
Vorlage: V/2011/10283
- 8.13 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zum Verzehr von Lebensmitteln in öffentlichen Verkehrsmitteln  
Vorlage: V/2011/10257
- 8.14 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Stromzahlung der Berliner Brücke  
Vorlage: V/2011/10258
- 9. Mitteilungen
  - 9.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II
  - 9.2 Vergabebericht 2010  
Vorlage: V/2011/10205
  - 9.3 Grundsätze der Verkehrsorganisation in der Altstadt von Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/10023
- 10. mündliche Anfragen von Stadträten
- 11. Anregungen
  - 11.1. Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Park- und Halterege lung vor dem Technischen Rathaus  
Vorlage: V/2011/10296
- 12. Anträge auf Akteneinsicht

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 23.11.2011**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 27. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 23.11.2011.

**Abstimmungsergebnis:                      mehrheitlich zugestimmt**

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung vom 23.11.2011 gefassten Beschlüsse**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, verlas die in nicht öffentlicher Sitzung am 23.11.2011 gefassten Beschlüsse:

zu 3.1 Gewinnabführungsvertrag zwischen der Stadtwerke Halle GmbH und der RAB Halle GmbH  
Vorlage: V/2011/10116

**Beschluss:**

1. Dem Gewinnabführungsvertrag zwischen der Stadtwerke Halle GmbH und der RAB Halle GmbH wird zugestimmt.
  2. Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.
- 

zu 3.2 Übertragung der Erschließungsanlagen im Industriegebiet Halle-Saalekreis an der A 14  
Vorlage: V/2011/10049

**Beschluss:**

1. Die Erschließungsanlagen, einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Grundstücke, sind nach ihrer Fertigstellung in die Zuständigkeit der städtischen Ämter und der städtischen Betriebe zu übertragen.
  2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt alle erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten und, soweit erforderlich, entsprechende vertragliche und anderweitige Regelungen zu treffen, die geeignet sind, den schnellstmöglichen Übergang der geschaffenen Infrastruktur an die dafür im Stadtgebiet Zuständigen vorzunehmen.
- 

zu 3.3 Belastung eines Erbbaurechtes mit Grundschulden  
Vorlage: V/2011/09988

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, die Stadtverwaltung gemäß Beschlussvorlage zu ermächtigen, der Belastung des Erbbaurechtes für ein kommunales Grundstück durch die Bestellung von Grundschulden in Höhe von 2.221.476,63 € zzgl. 15 % Zinsen jährlich zugunsten des Landes Sachsen-Anhalt zuzustimmen.

---

**zu 3.4 Erteilung einer Aussagegenehmigung**  
**Vorlage: V/2011/10093**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, der Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale), Frau Dagmar Szabados, eine uneingeschränkte Aussagegenehmigung vor dem Landgericht Halle in einem zivilrechtlichen Verfahren zu erteilen.

**zu 5 Beschlussvorlagen**

**zu 5.1 Bestimmung des ersten allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisterin**  
**Vorlage: V/2011/10280**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass der Stadtrat aus der Reihe der Beigeordneten den ersten allgemeinen Vertreter der Oberbürgermeisterin zu bestimmen habe. Diese Funktion sei seit dem Ausscheiden von Herrn Dr. Pohlack nicht mehr besetzt.

Sie halte Herrn Beigeordneten Geier prädestiniert dafür, da dieser dienstältester Beigeordneter sei und bedingt durch sein Ressort die Verwaltung insgesamt im Blick habe.

Aus vorgenannten Gründen bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** um Zustimmung zur Vorlage.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, erinnerte daran, dass bei der Wahl zum Bürgermeister des ehemaligen Beigeordneten Herr Eberhard Doege als Hinderungsgrund angesehen wurde, dass er der dienstälteste Beigeordnete war. Seine Fraktion wäre damals bereits anderer Auffassung gewesen und sei es heute ebenso. Ungeachtet dessen wünschte er Herrn Geier für seine Funktion als Bürgermeister viel Glück und Gesundheit.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat bestimmt Herrn Beigeordneten Egbert Geier zum ersten allgemeinen Vertreter der Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale).

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** gratulierte Herrn Geier und verlas die Ernennungsurkunde.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, gratulierte im Namen des Stadtrates Herrn Geier ebenfalls.

**Herr Bürgermeister Geier** bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

## **zu 5.2 Einbringung doppischer Haushalt 2012** **Vorlage: V/2011/10306**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte deutlich, dass die Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfes 2012 für die Verwaltung aufgrund der Einführung des doppischen Haushaltes sowie der unzureichenden Planungssicherheit eine enorme Aufgabe dargestellt habe. Hierbei wurden die zu erwartenden Zuweisungen des Landes, vor allen Dingen der allgemeine Finanzausgleich (FAG), mehrfach diskutiert.

Im Zuge der vielfachen Beschwerden über die Höhe der angedachten Zuweisungen wurde im Finanzausschuss des Landes das FAG erhöht. Ein verbindlicher Beschluss des Landtages dazu erfolgte bisher jedoch noch nicht. Insofern sei der im Haushaltsplanentwurf aufgeführte Betrag zum FAG eine Schätzung. Dieser wurde auf Grundlage der ursprünglichen Orientierung des Landes aufgenommen.

Entsprechend des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sei im Jahr 2012 ein Defizit von maximal 9,5 Mio. € möglich. Auf dieser Basis wurde der Haushalt aufgestellt, um nicht in eine ähnlich prekäre Situation wie in diesem Jahr zu kommen und durch die fehlende positive kommunalaufsichtliche Stellungnahme Städtebaufördermittel nicht genehmigt wurden. Zudem seien zugesagte Mittel aus dem EFRE-Programm für die Sanierung von Schulen noch nicht endgültig genehmigt.

In dem Haushaltsplanentwurf sei ebenfalls ein Vorschlag zur Reduzierung von Maßnahmen in Höhe von 17,3 Mio. € enthalten.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, in den nächsten 3 Monaten die Haushaltsdiskussionen in den Ausschüssen und abschließend im Stadtrat zu führen sowie gemeinsame Abwägungen vorzunehmen, um dem Landesverwaltungsamt einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen zu können. Im Zuge dessen hätten auch die Vereine und Verbände hinsichtlich ihrer vorgesehenen Maßnahmen die notwendige Sicherheit.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bedankte sich abschließend bei den Beigeordneten und den Mitarbeitern der Verwaltung, welche an der Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfes mitgewirkt haben.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, bat darum, dass den Stadträten vor der ersten Haushaltsberatung das vorläufige IST für das Jahr 2011 zur Verfügung gestellt werde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte dies zu. Gleichzeitig teilte sie mit, dass nach einer ersten Schätzung das Defizit im Jahr 2011 ca. 17 Mio. € betrage. Entsprechend des Haushaltskonsolidierungskonzeptes war ein Defizit von maximal 19,5 Mio. € vorgesehen. Ein negativer Gesichtspunkt dabei seien die nicht genehmigten Städtebaufördermittel aufgrund des beanstandeten Haushaltes durch das Landesverwaltungsamt gewesen.

**Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion**, kritisierte, dass der Haushaltsplanentwurf analog der Jahre zuvor so spät eingereicht wurde, so dass frühestens Mitte des nächsten Jahres der Haushalt beschlossen werde. Damit werde dem Stadtrat auch das Recht entzogen, den Haushalt zu bestimmen.

Zudem fragte **Herr Bauersfeld**, wann dem Stadtrat ein entsprechender Plan für die einzelnen Schulen vorgelegt werde. Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf sei nur ein allgemeiner Plan enthalten.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wies ausdrücklich darauf hin, dass der Haushaltsplanentwurf 2012 nicht früher eingebracht werden konnte. Es gab keinerlei Planungssicherheit, um einen Haushalt aufstellen zu können. Die erste Orientierung des Landes hinsichtlich der Mittel aus dem FAG seien so gering gewesen, dass der Vorschlag zur Reduzierung von Maßnahmen in Höhe von 17,3 Mio. € deutlich höher ausgefallen.

Damit hätte man die Vereine und Verbände derart verunsichert, so dass seitens der Verwaltung in Abstimmung mit dem Städte- und Gemeindebund zuerst auf das Land Druck ausgeübt wurde, Änderungen vorzunehmen. Insofern wurde hier das Haushaltsgebot der Klarheit und Wahrheit ausgeübt.

Darüber hinaus machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf aufmerksam, dass die untersetzten Unterlagen zu den Beratungen in den Fachausschüssen vorliegen. Zudem könne entsprechend der vorgeschlagenen Verfahrensweise der Verwaltung der Haushalt bereits im März durch den Stadtrat beschlossen werden.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, stimmte den Ausführungen der Oberbürgermeisterin zu, dass die Einbringung des Haushaltsplanentwurfes unter den gegebenen Bedingungen nicht früher möglich war.

Er sei allerdings davon ausgegangen, dass die Verwaltung ebenso ihre Planungen für die ab Januar 2012 bevorstehende vorläufige Haushaltsführung vorlege, da wichtige Entscheidungen für die Vereine und Verbände getroffen werden müssen. Er erwarte, dass die Verwaltung den Stadtrat in diese Entscheidungen einbeziehe.

Darüber hinaus erklärte **Herr Knöchel**, dass es zu früh wäre, um den Haushalt bewerten zu können. Der Vorschlag zur Streichung von Maßnahmen sei nach Auffassung seiner Fraktion nicht vordergründig. Es sei wichtiger, an welchen Stellen die Verwaltung keine Streichungen vorgenommen habe, um am Ende der vorgesehenen Beratungszeit von 3 Monaten zu einem vernünftigen Haushaltsbeschluss zu kommen.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wies darauf hin, dass hinsichtlich des Finanzausgleiches die Stadt Halle letzten Endes mit deutlich geringeren Einnahmen auskommen müsse. Dies resultiere aus der reduzierten Ausgleichsmasse insgesamt sowie aus den Änderungen einzelner Regelungen, wie z. B. der Investitionspauschale. Die Investitionspauschale werde nicht mehr nach der Steuerkraft, sondern nach der Einwohnerzahl und Fläche verteilt, woraus durch geringere Einnahmen ein Nachteil für die Stadt Halle entstünde.

Weiterhin machte **Herr Wehrich** deutlich, dass er davon ausgehe, dass die Stadt Halle auch im kommenden Jahr keinen genehmigten Haushalt erhalte. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass sich die Beratungen und die Genehmigung des Haushaltes länger hinziehen als geplant. Demzufolge sei zu befürchten, dass im nächsten Jahr erneut Investitionsmittel verloren gehen.

Zudem schloss sich **Herr Wehrich** den Ausführungen von Herrn Knöchel an, dass der Haushalt sowie die Vorschläge zur Streichung von Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt nicht bewertet werden können. Infolge dessen bat er darum, diese Zahlen weiter zu untersetzen, um diese in den Haushaltsberatungen vernünftig beurteilen zu können und die vorgesehene Beratungszeit von 3 Monaten nicht zu verzögern.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** äußerte sich zur Wortmeldung von Herrn Wehrich und schloss sich den Ausführungen hinsichtlich der chronischen Unterfinanzierung des Haushaltes der Stadt Halle an.

In Bezug auf die Investitionspauschale merkte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** an, dass sie dahin gehend keine Änderung erwarte, so dass hier ein erheblicher Nachteil für die Stadt Halle entstünde.

Darüber hinaus sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zu, dass der Vorschlag zur Streichung von Maßnahmen in Höhe von 17,3 Mio. € im Zusammenhang mit der Einladung zu den Ausschusssitzungen seitens der Verwaltung entsprechend untersetzt und begründet werde.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, schlug im Zuge der angedachten papierlosen Ratsarbeit vor, zukünftig den umfangreichen Haushaltsplanentwurf den Stadträten als Datei zukommen zu lassen. Insofern bestünden keine Transportprobleme und es würde Papier gespart werden.

Ungeachtet dessen kritisierte **Herr Kley**, dass der Stadtrat die Streichungen vornehmen soll. Es sei Aufgabe der Verwaltung, einen genehmigungsfähigen Haushaltsplanentwurf vorzulegen.

Weiterhin brachte **Herr Kley** zum Ausdruck, dass entsprechend des Haushaltsplanentwurfes innerhalb der Stadtverwaltung bei den Personalstellen keine Streichungen erfolgten. Seines Erachtens seien hier deutliche Einsparungspotenziale vorhanden. Die Einwohnerzahl der Stadt Halle wäre gegenüber dem Jahr 1990 um etwa ein Drittel gesunken. Dies müsse sich auch bei den Personalstellen in der Verwaltung widerspiegeln.

Zudem könne gegenüber dem Landesverwaltungsamt nicht stets auf die Unterfinanzierung der Stadt Halle hingewiesen werden. Dies führe nicht zu einer Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes. Die Stadtverwaltung müsse selbst nach Lösungen suchen, wie die Kürzungen des Landes ausgeglichen werden können.

Anschließend ging **Herr Kley** auf den Vorschlag der Verwaltung zur Streichung von Maßnahmen ein. Die Streichung der Mittel für die Wirtschaftsförderung halte er nicht für zielführend. Dies wäre die einzige Möglichkeit, die städtischen Einnahmen zu erhöhen, indem Arbeitsplätze geschaffen und somit Gewerbe- und Einkommenssteuern erzielt werden können. Demzufolge erwarte er hierzu eine fundierte Beratung mit einer entsprechenden Untersetzung.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies die Vorlage in die Fachausschüsse.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Ergebnisplan 2012 einschließlich des Vorschlages zur Mittelreduzierung (Anlage 2) sowie die Investitionsprioritätenliste der Investitionsvorhaben 2012 - 2017 (Anlage 1) werden zur Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

Damit ist sichergestellt, dass das Zieldefizit von -9,0 Mio. EUR für 2012 (vgl. genehmigter Haushalt 2010) erreicht wird und der Haushalt 2012 genehmigungsfähig ist.

2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2010 zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch die Oberbürgermeisterin in die Fachausschüsse:

**Sportausschuss,  
Kulturausschuss,  
Rechnungsprüfungsausschuss,  
Bildungsausschuss,  
Jugendhilfeausschuss,  
Ausschuss für Planungsangelegenheiten,  
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss,  
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,  
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung,  
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften,  
Hauptausschuss**

**zu 5.3    Aufhebung eines Beschlusses und Beschluss über die Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen  
Vorlage: V/2011/10302**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass die Verwaltung in der Sitzung des Stadtrates am 26.10.2011 zur o. g. Förderrichtlinie irrtümlich einen Änderungsantrag angenommen habe, so dass die abschließende Entscheidung zur Vergabe der Fördermittel auf den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss übertragen wurde. Da dieser aber nur ein beratender Ausschuss sei, könne der Änderungsantrag in diesem Punkt nicht angenommen werden.

In Anbetracht dessen bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** um Aufhebung des Beschlusses V/2011/09756.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

## **Beschluss:**

1. **Der Stadtrat hebt den Beschluss V/2011/09756 vom 26.10.2011 auf.**
2. **Der Stadtrat beschließt die Richtlinie zur Förderung von Frauen-und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen in der Fassung vom 14.12.2011 (Anlage 1).**

### **zu 5.4 Widerspruch der Oberbürgermeisterin gegen den Beschluss des Stadtrates vom 23.11.2011 zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Förderung der Jugendhilfe, Vorlage-Nr.: V/2011/10211 Vorlage: V/2011/10303**

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, stimmte formal der Vorlage der Verwaltung zu. Die Stadt Halle verfüge über keine vollziehbare Haushaltssatzung und befinde sich in der vorläufigen Haushaltsführung, so dass keine Rechtsgrundlage bestünde, Fördermittel in voller Höhe auszusahlen.

Zudem machte **Herr Bönisch** darauf aufmerksam, dass ungeachtet dessen seiner Fraktion die Thematik selbst wichtig sei und bat um eine Information zum aktuellen Sachstand. Im Zuge dessen merkte er an, dass entsprechend der Diskussionen zum TOP 5.2 das vorläufige IST möglicherweise Reserven biete und somit an wichtige Bereiche Fördermittel gezahlt werden könnten.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass unabhängig von dem IST des Haushaltes 2011 die Verwaltung nach pflichtgemäßem Ermessen zu prüfen habe, welche Leistungen unabweisbar seien.

Dies wäre in den einzelnen Dezernaten sehr intensiv erfolgt. Es wurden Gespräche mit den Trägern, Vereinen und Verbänden geführt und nach pflichtgemäßem Ermessen ein hoher Prozentsatz der Mittel ausgezahlt.

Weiterhin wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass entsprechend der Informationen aus den jeweiligen Dezernaten kein Verein aufgrund nicht gezahlter städtischer Mittel zahlungsunfähig sei oder ähnliche Probleme bestünden. Die Vereine möchten eine Sicherheit für das Jahr 2012. Dazu werden in den jeweiligen Bereichen Gespräche geführt.

Hinsichtlich des Antrages der FDP-Fraktion machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass sie diesem bei einem beanstandeten Haushalt und einer vorläufigen Haushaltsführung widersprechen müsse. Infolge dessen bat sie darum, dem Antrag nicht zuzustimmen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, stellte vor der Abstimmung klar, dass der Antrag der FDP-Fraktion erneut abgestimmt werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Oberbürgermeisterin hat dem Stadtratsbeschluss vom 23.11.2011 zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Förderung der Jugendhilfe widersprochen. Nach § 63 Abs. 3 S. 5 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt beschließt der Stadtrat über den Antrag der FDP-Stadtratsfraktion erneut:

**Die in den Haushaltsstellen. 1.4750.718000 (Förderung der Jugendhilfe – Zuschüsse an übrige Bereiche) und 1.4750.718100 (Förderung der Jugendhilfe – Zuschüsse an Einrichtungen der Jugendarbeit) ausgewiesenen Finanzmittel werden entsprechend der Haushaltssatzung 2011 in voller Höhe ausgezahlt.**

---

Herr Krause, SPD-Fraktion, fragte, ob über den Antrag der FDP-Fraktion oder über den Widerspruch abgestimmt wurde.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf seine Ausführungen vor der Abstimmung, dass der Antrag der FDP-Fraktion erneut abgestimmt wurde.

**zu 5.5 Umsetzung der Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes vom 17.11.2011 hier: Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 26.10.2011 zur Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen  
Vorlage: V/2011/10288**

---

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat dringend darum, den Beschluss auf Grundlage der Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes aufzuheben. Anderenfalls würde die Aufhebung durch das Landesverwaltungsamt erfolgen.

Weiterhin machte Frau Oberbürgermeisterin Szabados darauf aufmerksam, dass die Situation realistisch betrachtet werden müsse. Aufgrund der städtischen Haushaltssituation könne kein kostenloses Mittagessen gewährt werden. Es sollte nach anderen Möglichkeiten gesucht werden, die bedürftigen Familien und deren Kindern zu unterstützen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte, ob die finanziellen Mittel in Höhe von 2 Mio. € für diesen Bereich im Haushaltsplanentwurf 2012 eingestellt wurden oder ob dies eine zusätzliche Belastung für das bereits vorhandene Defizit darstelle.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Mittel in Höhe von 2 Mio. € nicht im Haushaltsplanentwurf 2012 eingestellt seien.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschluss des Stadtrates vom 26.10.2011 (Vorlage-Nr.: V/2011/10137) wird auf der Grundlage der Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes vom 17.11.2011 aufgehoben.*

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

24 Ja-Stimmen

29 Nein-Stimmen

**zu 5.6 Personalentwicklungskonzept und Personalbedarfsplanung 2011 - 2020**  
**Vorlage: V/2011/10146**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, brachte zum Ausdruck, dass das Konzept mit einem Beschluss in der heutigen Sitzung nicht den Gesamtkontext widerspiegeln würde. Aus diesem Grund stellte er den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage in den Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften zu verweisen und gemeinsam mit dem Haushaltsplanentwurf 2012 zu beraten.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, wies darauf hin, dass mit dem Personalentwicklungskonzept und der Personalbedarfsplanung sowie deren Fortschreibung zwei Teile zu betrachten seien.

Seine Fraktion könne dem Inhalt des Personalentwicklungskonzeptes mit all seinen Kriterien durchaus folgen. Ein Problem sehe er allerdings in der Personalbedarfsplanung, da diese verhältnismäßig statisch den Ist-Zustand bis in das Jahr 2020 fortschreibe. Nach Auffassung seiner Fraktion haben Prozesse, wie demografische Veränderungen in der Stadt Halle, keine Berücksichtigung gefunden.

Bezug nehmend auf den Vorschlag von Herrn Kley, die Vorlage parallel zum Haushaltsplanentwurf 2012 zu beraten, teilte **Herr Dr. Meerheim** mit, dass er diesem nicht zustimme. Die Personalbedarfsplanung könne zwar für das Jahr 2012 haushaltsrelevant sein, wäre aber ein separates Thema, mit dem man sich explizit beschäftigen müsse. Diese beziehe sich nicht nur auf ein Haushaltsjahr, sondern greife auf einen längeren Zeitraum vor.

In den seitens der Verwaltung in Auftrag gegebenen Gutachten werden die zukünftige städtische Bevölkerungsentwicklung und deren Auswirkungen deutlich. Daraus ergeben sich auch Veränderungen für die Stadtverwaltung. Dies werde in der Personalbedarfsplanung zu wenig berücksichtigt.

Infolge dessen schlug **Herr Dr. Meerheim** vor, die Beschlusspunkte 2 und 3 zurückzuziehen, um über die Personalbedarfsplanung in den jeweiligen Fachausschüssen sowie im Stadtrat separat und intensiv beraten zu können.

**Herr Bürgermeister Geier** erläuterte die Gründe für die Einbringung der Vorlage der Verwaltung. Hierbei werde einerseits die Stellenausstattung der Stadtverwaltung definiert, mit welcher Qualität und Güte Aufgaben erledigt werden sollen. Über den Stellenplan habe der Stadtrat in jedem Jahr die Möglichkeit, dies im Rahmen der Haushaltsplanung entsprechend zu steuern.

Hinsichtlich des Personalentwicklungskonzeptes und der Personalbedarfsplanung wies **Herr Bürgermeister Geier** darauf hin, dass ein Bericht im Rhythmus von 2 Jahren über die Thematik vereinbart wurde. Dies wäre vor allem auch aufgrund des vorauszusehenden Fachkräftemangels äußerst wichtig.

In Bezug auf das Personalbedarfskonzept erklärte **Herr Bürgermeister Geier**, dass es hierbei um die zukünftige Besetzung freierwerdender Stellen ginge. Dabei gebe es tatsächlich eine Verknüpfung zur Haushaltsberatung. Dies erläuterte er anhand eines Beispiels bei kw-Stellen. Dieser Prozess werde derzeit verwaltungsintern abgestimmt.

Insofern sei die vorliegende Personalbedarfsplanung lediglich eine vorübergehende Planung und müsse seitens des Stadtrates lediglich zur Kenntnis genommen werden. Es bestünde jederzeit die Möglichkeit, über die Haushaltsberatungen einzugreifen. Im Zuge dessen würde das Konzept entsprechend fortgeschrieben werden.

Bezüglich des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Kley merkte **Herr Bürgermeister Geier** an, dass die Vorlage bereits im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beraten und dieser einstimmig zugestimmt wurde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte darauf aufmerksam, dass die Verwaltung dem Landesverwaltungsamt bis zum 31.12.2011 einen Stellenbedarfsplan vorzulegen habe. In Anbetracht dessen schlug sie vor, der Vorlage der Verwaltung zuzustimmen und durch einen Beschlusspunkt 4 zu ergänzen, das Personalentwicklungskonzept sowie die Personalbedarfsplanung in allen Fachausschüssen parallel mit dem Haushaltsplanentwurf 2012 weiter zu beraten.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, brachte zum Ausdruck, dass das Personalentwicklungskonzept unstrittig sei. Diesem könne zugestimmt werden. Die Verweisung der Personalbedarfsplanung in die Fachausschüsse halte er für zielführend und wäre die Intention aller.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Geier, dass der Vorlage im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften einstimmig zugestimmt wurde, wies **Herr Kley** darauf hin, dass es auch dort Unmut über die Ideenlosigkeit bei der Personalbedarfsplanung gegeben habe.

In Bezug auf die Ausführungen der Oberbürgermeisterin merkte **Herr Kley** an, dass das Landesverwaltungsamt seines Erachtens ebenso einen drastischen Einsparvorschlag erwartete.

Abschließend machte **Herr Kley** deutlich, dass der Stadtrat nicht übereinstimme, dass der Personalbedarf der Stadtverwaltung über die nächsten Jahre hinweg so bestehen bleibe.

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, teilte eingangs mit, dass es nicht sinnvoll sei, die Vorlage zu beschließen bzw. zur Kenntnis zu nehmen und dann in die Ausschüsse zu verweisen. Eine Beratung parallel zum Haushaltsplanentwurf 2012 wäre auch ohne explizite Verweisung möglich.

Darüber hinaus erklärte **Herr Wehrich**, dass das Stellenbedarfskonzept nicht direkt für die Haushaltsberatungen für das Jahr 2012 relevant sei, da dieses eine strategische Diskussionsgrundlage für die Handlungen in den nächsten 10 Jahren darstelle. Dafür wäre das vorgelegte Konzept der Verwaltung in keinsten Weise ausreichend. Hier sei lediglich eine Qualifizierung der jeweiligen Stelle ausgewiesen. Vielmehr müsse eine Art Benchmarking umgesetzt und notwendige Personalstellen aufgeführt werden, um bestimmte Aufgaben erledigen zu können. Dieser Aufgabenbezug sei nicht vorhanden.

Des Weiteren wies **Herr Wehrich** darauf hin, dass entsprechend der Verfügung des Landesverwaltungsamtes ebenso ein Stellenbedarfskonzept für die Eigenbetriebe und Anstalten öffentlichen Rechts zu erarbeiten sei. Dies wäre ebenfalls nicht vorhanden.

Aus vorgenannten Gründen appellierte **Herr Wehrich** an die Stadtverwaltung, das Stellenbedarfskonzept weiter zu untersetzen, so dass dieses im Laufe des kommenden Jahres im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften diskutiert werden könne.

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, erinnerte an den vor einiger Zeit diskutierten Antrag zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung. Dabei wurde vorgeschlagen, diese Thematik im Personalentwicklungskonzept zu berücksichtigen. Seine Fraktion musste feststellen, dass weder die interkulturelle Öffnung noch die Migrationszuwanderung einbezogen wurde. Seines Erachtens sollte ein zukunftsorientiertes Konzept die demografische Entwicklung unter Beachtung aller Faktoren beinhalten.

Infolge dessen kündigte **Herr Dr. Diaby** an, dass seine Fraktion zeitnah dahin gehend einen Antrag einbringen werde und gab bekannt, dass er sich bei der Abstimmung zur Vorlage der Stimme enthalten werde.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, machte deutlich, dass die Personalbedarfsplanung seitens des Stadtrates nicht zur Kenntnis genommen werden sollte, sofern diese in der vorliegenden Form dem Landesverwaltungsamt übergeben werde. Zudem sei zu vermuten, dass das Landesverwaltungsamt die Personalbedarfsplanung in der Form ebenfalls nicht akzeptiere.

In Anbetracht dessen bat **Herr Dr. Meerheim** nochmals dringend darum, lediglich über den Beschlusspunkt 1 abzustimmen und die Beschlusspunkte 2 und 3 zurückzuziehen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, erinnerte daran, dass im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften die jeweiligen Punkte hierzu kritisch hinterfragt und durch Herrn Geier darüber informiert wurde, dass die vorliegende Vorlage in der Form nicht dem Landesverwaltungsamt zur Kenntnis gegeben werde. Demzufolge bat er um Klarstellung.

Weiterhin brachte **Herr Wolter** zum Ausdruck, dass er der Vorlage keine Perspektive und Wirkung entnehmen könne und unterstützte den Vorschlag von Herrn Dr. Meerheim, die Beschlusspunkte 2 und 3 zurückzuziehen.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Kley verwies **Herr Wolter** auf die Diskussion im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften. Dort wurde durch Herrn Geier eindeutig dargestellt, dass aufgrund der Haushaltssituation und der Einführung der Doppik diese Punkte nicht in den Haushalt eingearbeitet werden.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, gab bekannt, dass sich seine Fraktion aufgrund inhaltlicher Punkte bei einer Abstimmung der Stimme enthalten werde. Zudem gehe man davon aus, dass über die Thematik im stetigen Prozess im Zuge des Haushaltes sowie gesonderter Diskussionen weiterhin beraten werde.

Seine Fraktion habe allerdings angenommen, dass die vorliegende Vorlage mit der Ergänzung um die Eigenbetriebe dem Landesverwaltungsamt zur Kenntnis gegeben werde.

In Anbetracht der Ausführungen der Stadträte teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass sie dem Vorschlag von Herrn Dr. Meerheim folgen werde und zog die Beschlusspunkte 2 und 3 zurück. Gleichzeitig sagte sie zu, eine Überarbeitung und Untersetzung der Personalbedarfsplanung mit der Maßgabe einer Fortschreibung aller 2 Jahre vorzunehmen und dies zur Beratung den entsprechenden Fachausschüssen sowie dem Stadtrat vorzulegen.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, erinnerte an die Ausführungen von Herrn Geier im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften. Seitens der Verwaltung wurde angekündigt, die Vorlage im entsprechenden Lenkungsausschuss zu beraten. Diese Verfahrensweise wäre seines Erachtens die zielführendere gewesen.

Zudem bat **Herr Krause** darum, dass bei Einbringung der Personalbedarfsplanung diese fachbereichsbezogen dargestellt werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss (in geänderter Form):**

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des strategischen Personalentwicklungskonzeptes (Teil I der Vorlage) für die Stadtverwaltung Halle (Saale).
  2. Der Stadtrat nimmt die Abrechnung der Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes und die Fortschreibung der Personalbedarfsplanung für den Zeitraum 2011 bis 2020 zur Kenntnis.  
**zurückgezogen durch Verwaltung**
  3. Die Personalbedarfsplanung ist jährlich für einen Prognosezeitraum von 10 Jahren fortzuschreiben und aller 2 Jahre einschließlich der Umsetzung des PE-Konzeptes dem Stadtrat vorzulegen.  
**zurückgezogen durch Verwaltung**
-



**zu 5.9 Innenbereichssatzung Nr. 1, Am Pestalozzipark -Satzungsbeschluss  
Vorlage: V/2011/10032**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Innenbereichssatzung Nr.1, Am Pestalozzipark gemäß § 34 Abs.4 Nr.3 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 23.11.2011.
2. Die Begründung in der Fassung vom 23.11.2011 wird gebilligt.

**zu 5.12 Bebauungsplan Nr. 146 "Gewerbegebiet Grenzstraße - Europa-  
chaussee (HES)" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Vorlage: V/2011/10193**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplans Nr.146 „Gewerbegebiet Grenzstraße - Europachaussee (HES)“ in der Fassung vom 18.11.2011 sowie die Begründung einschließlich Umweltbericht zum Entwurf in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr.146 „Gewerbegebiet Grenzstraße – Europa-chaussee (HES)“ vom 18.11.2011 sowie die Begründung einschließlich Umweltbericht zum Entwurf in gleicher Fassung sind öffentlich auszulegen.

**zu 5.13 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der  
Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09942**

**zu 5.13.2 Änderungsantrag des Stadtrates Raik Müller (CDU) zur 2. Änderung  
der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle  
(Saale) (V/2011/09942)  
Vorlage: V/2011/10123**

**zu Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur 2. Änderung der**

- 5.13.3 Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) [V/2011/09942]  
Vorlage: V/2011/10255**
- zu 5.13.4 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)  
Vorlage: V/2011/10188**
- zu 5.13.5 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)  
Vorlage: V/2011/10190**
- zu 5.13.7 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2011/09942  
Vorlage: V/2011/10340**
- 

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, gab bekannt dass der Änderungsantrag zum TOP 5.13.4

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)  
Vorlage: V/2011/10188

vom Antragsteller zurückgezogen wurde.

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, äußerte sich zu seinem Änderungsantrag und den Diskussionen in den Fachausschüssen. Dabei war vor allem die Sicherheit und Ordnung auf den Friedhöfen ein Argument gegen den Änderungsantrag. Diesem könne er in der Form nicht folgen, da das bereits bestehende Mitführverbot von Hunden von einigen Bürgern nicht beachtet werde. Zudem wäre das Mitführen von angeleinten Hunden auf vielen Friedhöfen Mitteleuropas, wie z. B. in Dresden und Chemnitz, erlaubt.

Demzufolge könne das Verbot auch in der Stadt Halle aufgehoben werden, da seines Erachtens die große Mehrheit der Bürger verantwortungsvoll sei und ihre Hunde an der Leine führen, so dass sich der Zustand auf den Friedhöfen hinsichtlich der Sauberkeit nicht verschlechtern würde.

Darüber hinaus machte **Herr Müller** deutlich, dass er von der Argumentation der Verwaltung, dass bei einer älteren Frau mit einem Hund eine Ausnahme gemacht werde, enttäuscht sei. Dies wäre für die Bürger unbefriedigend und stelle eine Ungleichbehandlung dar.

Abschließend gab **Herr Müller** bekannt, dass er aufgrund der Diskussionen und Abstimmungsergebnisse in den Fachausschüssen seinen Änderungsantrag zurückziehe.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, ging auf die einzelnen Punkte des Änderungsantrages seiner Fraktion ein und bat um Zustimmung dessen. Der Aufhebung der Beschränkung der Gewerbefreiheit wurde im Hauptausschuss zugestimmt.

Weiterhin soll die Liegezeit für Aschen bei 15 Jahren verbleiben. Entsprechend der Aussagen der Verwaltung im Hauptausschuss richten sich die Ruhezeiten für Aschen und Leichen nach dem § 22 des Bestattungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt und seien danach gleichzusetzen.

Das Gesetz selbst sage dazu nichts aus. Der dazugehörige Kommentar wurde seitens der Verwaltung unvollständig ausgehändigt und beziehe sich auf sich selbst, so dass dieser in seiner Rechtswirkung nicht einschlägig wäre.

Darüber hinaus brachte **Herr Kley** zum Ausdruck, dass die Liegezeit für Aschen seines Erachtens durch die Verwaltung auf 20 Jahre angehoben werden soll, um die jeweiligen Personalstellen für die Friedhofspflege zu sichern. Ungeachtet dessen müsse beachtet werden, dass die Sozialbestattungen ebenfalls an eine Liegezeit von 20 Jahren gebunden wären und somit die Kosten im Bereich der Sozialhilfe steigen.

**Herr Kley** wies darauf hin, dass die Änderung der Liegezeit für Aschen auf 20 Jahre durch die Gesetzeslage nicht begründet sei und keinerlei Vorteile für die Stadt entstünden. Bei einer Liegezeit von 15 Jahren würden die Bürger in ihren Kosten deutlich entlastet. Demzufolge bat er um eine Erklärung der Verwaltung dahin gehend.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, bezog sich auf die angesprochenen Punkte von Herrn Kley. Der § 7 zur inhaltlichen Qualifikation der Antragsteller wurde mit der ersten Änderung der Friedhofssatzung im Zuge der Anpassung der EU-Richtlinien aufgenommen. Der Stadtrat habe die Notwendigkeit dieser Anpassung mit seinem Beschluss im November 2009 bestätigt. Insofern habe die Verwaltung hier die bisherige Beschlussfassung des Stadtrates fortgeschrieben.

Bezugnehmend auf die vorgeschlagene Änderung zur Liegezeit für Aschen erklärte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass auch hierbei die seitens des Stadtrates bereits diskutierte Zielsetzung zur Entwicklung der Friedhofsfläche und Forcierung einer möglichen Angleichung der Nutzungszeiten aufgenommen wurde. Demzufolge seien die Änderungsanträge der FDP-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. nicht zielführend.

Hinsichtlich der gesetzlichen Grundlage für gleichzusetzende Liegezeiten verwies **Herr Beigeordneter Stäglin** auf die zur heutigen Sitzung ausgehändigte Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Sowohl der Kommentar „Barthel“ als auch der Kommentar „Gaedke“ sehen dieselbe Ruhezeit für Aschen und Leichen vor. Dies wäre ebenfalls die Position der Verwaltung.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, wies darauf hin, dass der Kommentar keine zwingende Handlungsweise an den Stadtrat vorgebe. Dieser wäre in seiner Entscheidung frei, die in der Vergangenheit praktizierte Verfahrensweise fortzusetzen.

Des Weiteren ging **Herr Knöchel** auf den Änderungsantrag seiner Fraktion ein. Ziel sei es, durch die unterschiedlichen Liegezeiten Möglichkeiten zu schaffen, bei den Reihengrabstätten zwei Urnen beisetzen zu können.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, bat darum, die Änderungsanträge der FDP-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. abzulehnen und begründete dies.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Kley machte **Herr Misch** deutlich, dass bei einem Nutzungsrecht von 15 Jahren die Kosten nicht sinken würden. Zudem wurden in den zurückliegenden Jahren die Grabgröße und die Entwicklung als Kalkulationselement betrachtet.

Die Angehörigen der Verstorbenen würden sich bei einer unterschiedlichen Liegezeit möglicherweise für die kostengünstigere Urnenbestattung entscheiden, so dass in den Grabfeldern immer mehr Freiflächen entstünden. Dies wurde seitens des Stadtrates aufgehoben, um die freien Flächen innerhalb der Grabfelder zu vermindern und die Kosten für die Bürger zu senken.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Knöchel erklärte **Herr Misch**, dass er dem Änderungsantrag ebenfalls nicht zustimmen könne. Bisher bestand die Möglichkeit, in Reihengräbern eine Urne zusätzlich zu bestatten. Damit wurde der Wunsch berücksichtigt, dass die jeweiligen Personen zusammen mit ihren Angehörigen bestattet werden können.

Durch den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. wäre dies nicht mehr gewährleistet. Die jeweilige Person müsse ein Wahlgrab in Anspruch nehmen, um mit ihren Angehörigen bestattet werden zu können. Dies widerspreche allerdings dem Gleichheitsgrundsatz, da die Kosten unabhängig von der Anzahl der Bestattungen in einem Wahlgrab erhoben werden.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, widersprach den Ausführungen von Herrn Misch hinsichtlich der gleichbleibenden Kosten bei einer Liegezeit von 15 Jahren. Diese würden sich für den Bürger aufgrund der geringeren Liegezeit hinsichtlich der Pflegemaßnahmen und Nebenkosten sehr wohl verringern.

In Bezug auf die angesprochenen entstehenden Freiflächen merkte **Herr Kley** an, dass Friedhöfe entwidmet oder geschlossen werden können, sollte die vorhandene Fläche nicht ausreichend genutzt werden. In Anbetracht der städtischen Haushaltslage sollte kostengünstig und nicht von vornherein mit einem Kostenaufwuchs gearbeitet werden.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, machte darauf aufmerksam, dass es bedauerlich sei, dass die Diskussion eines solchen sensiblen Themas wie die Friedhofssatzung in Polemik abgleite und zum Teil nicht sachlich geführt werde.

Die Argumente hinsichtlich der Kosten wären nicht zielführend, da sich seines Erachtens die Gesamtkosten sowohl bei einer Liegezeit von 15 Jahren als auch von 20 Jahren nicht ändern. Damit sichere oder spare die Stadt keine Personalstellen. Lediglich die Angehörigen könnten aus Kostengründen dem Wunsch des Verstorbenen auf eine Erdbestattung nicht nachkommen, um bei einer Urnenbestattung mit einer Liegezeit von 15 Jahren Kosten zu sparen.

Weiterhin merkte **Herr Häder** an, dass das Bestattungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt entgegen Bestattungsgesetzen anderer Bundesländer zu den Liegezeiten keine eindeutige Regelung beinhalte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Änderungsanträge und der Vorlage.

zu 5.13.2 Änderungsantrag des Stadtrates Raik Müller (CDU) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)  
Vorlage: V/2011/10123

**Beschlussvorschlag:**

- 1.) § 6 Abs. 3 f) und § 39 Abs. 1 Nr. 5 f) der Friedhofssatzung werden gestrichen.
- 2.) § 6 erhält einen weiteren Absatz mit dem Inhalt: „Hunde sind an der Leine zu führen“.  
§ 39 Abs. 1 der Friedhofssatzung wird eine weitere Ziffer mit dem Text „entgegen § 6 [Absatz einfügen!] einen Hund unangeleint mit sich führt,“ hinzugefügt.

**Abstimmungsergebnis:**

**zurückgezogen**  
durch Antragsteller

---

zu 5.13.3 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) [V/2011/09942]  
Vorlage: V/2011/10255

**Abstimmungsergebnis:**

Einzelabstimmung der Paragraphen  
§ 7:                   mehrheitlich zugestimmt  
  
§§ 13 und 16: mehrheitlich abgelehnt  
  
§§ 17 - 22:       mehrheitlich abgelehnt  
  
§ 39 (1):           mehrheitlich abgelehnt

**Beschluss (in geänderter Form):**

Die Satzung wird wie folgt geändert:

**§ 7 (2)**

~~Zuzulassen sind Antragsteller, die eine entsprechende fachliche Qualifikation haben und in betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind. Antragsteller des Handwerks haben ihre Eintragung in die Handwerksrolle, Antragsteller des handwerklichen Gewerbes ihre Eintragung in das Verzeichnis gem. § 19 Handwerksordnung und Antragsteller der Gärtnerberufe ihre Eintragung in das Verzeichnis der Landwirtschaftskammer nachzuweisen. Ein Antragsteller des Handwerks oder des Gartenbaus hat ferner nachzuweisen, dass er selbst oder sein fachlicher Vertreter die Meisterprüfung oder vergleichbaren anerkannten Abschluss abgelegt hat. Sonstigen Gewerbetreibenden kann die Ausübung anderer als in Abs.1 genannter Tätigkeiten gestattet werden, wenn dies mit dem Friedhofszweck vereinbar ist. Abs. 2 Satz 1 und Abs.4 gelten entsprechend.~~

**mehrheitlich zugestimmt**

#### **§ 7 (9)**

Die Friedhofsverwaltung kann Gewerbetreibenden, die gegen diese Satzung verstoßen ~~oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind~~, nach schriftlicher Mahnung die Zulassung auf Zeit oder Dauer durch schriftlichen Bescheid entziehen.

**mehrheitlich zugestimmt**

§ 7 (11) wird gestrichen.

**mehrheitlich zugestimmt**

#### **§ 13 (1)**

Die Ruhezeit beträgt für Aschen 15 Jahre und für Leichen beträgt 20 Jahre.

**mehrheitlich abgelehnt**

#### **§ 16 (1)**

Reihengrabstätten für Erdbestattungen und Urnenbestattungen werden der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer von 20 bzw. 15 Jahren Ruhezeit des Bestatteten / Beizusetzenden verliehen. In jeder Reihengrabstätte darf nur eine Leiche oder Asche beigesetzt werden.

**mehrheitlich abgelehnt**

#### **§ 17 (1)**

Nutzungsrechte an Wahlgrabstätten werden ~~für 30 Jahre~~ gemäß § 13 (1) verliehen. Eine Verlängerung des Nutzungsrechtes ist auf Antrag möglich.

**mehrheitlich abgelehnt**

#### **§ 17 (2)**

~~Die Verlängerung des Nutzungsrechtes ist zur Gewährleistung der Ruhezeit für weitere Beisetzungen / Bestattungen oder im Ablaufjahr für mindestens 1 Jahr auf Antrag möglich.~~ Die Friedhofsverwaltung kann Erwerb oder Verlängerungen von Nutzungsrechten ablehnen, wenn die Schließung des Friedhofes gemäß § 4 beabsichtigt ist.

**mehrheitlich abgelehnt**

§ 17 (8) wird gestrichen.

**mehrheitlich abgelehnt**

#### **§ 18 (2)**

Das Nutzungsrecht wird für ~~30~~ 15 Jahre verliehen. Eine Verlängerung des Nutzungsrechtes ist auf Antrag möglich.

**mehrheitlich abgelehnt**

#### **§ 18 (5)**

Die Urnenstelen sind jeweils einer 1 m<sup>2</sup> Grabfläche zugeordnet. Das Nutzungsrecht wird für ~~30~~ 15 Jahre verliehen. Eine Verlängerung des Nutzungsrechtes ist auf Antrag möglich.

**mehrheitlich abgelehnt**

#### **§ 19 (3)**

Das Nutzungsrecht an Baumgräbern wird für die Dauer von ~~30~~ 15 Jahren verliehen. Die Verlängerung des Nutzungsrechtes ist auf Antrag möglich.

**mehrheitlich abgelehnt**

**§ 21 Naturnahe Bestattungen für Urnen (5)**

Das Nutzungsrecht für die naturnahe Bestattung wird für die Dauer von ~~20~~ 15 Jahren verliehen. Eine Verlängerung des Nutzungsrechtes und Umbettungen sind nicht möglich.  
**mehrheitlich abgelehnt**

**§ 22 (3)**

~~Das Nutzungsrecht kann je nach Anlage für die Dauer von 20 bzw. 30 Jahren erworben werden.~~ Das Nutzungsrecht wird für 15 Jahre verliehen.  
**mehrheitlich abgelehnt**

**§ 39 (1)**

5. e) lärmt ~~und spielt~~,  
**mehrheitlich abgelehnt**

---

Somit lautet der Beschluss wie folgt:

**Beschluss (in geänderter Form):**

Die Satzung wird wie folgt geändert:

**§ 7 (2)**

Zuzulassen sind Antragsteller, die eine entsprechende fachliche Qualifikation haben. Sonstigen Gewerbetreibenden kann die Ausübung anderer als in Abs.1 genannter Tätigkeiten gestattet werden, wenn dies mit dem Friedhofszweck vereinbar ist.

**§ 7 (9)**

Die Friedhofsverwaltung kann Gewerbetreibenden, die gegen diese Satzung verstoßen nach schriftlicher Mahnung die Zulassung auf Zeit oder Dauer durch schriftlichen Bescheid entziehen.

§ 7 (11) wird gestrichen.

---

zu 5.13.4 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)  
Vorlage: V/2011/10188

**Beschlussvorschlag:**

*In § 11 Abs. 1 wird der Satz „Der Zeitraum der Trauerfeier sollte in der Feierhalle 30 Minuten nicht überschreiten, wenn mit der Friedhofsverwaltung nichts anderes abgestimmt wurde.“ gestrichen.*

**Abstimmungsergebnis:**

**zurückgezogen**  
durch Antragsteller

zu 5.13.5 **Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)**  
Vorlage: V/2011/10190

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

27 Ja-Stimmen

23 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

**Beschluss:**

**Ergänzung im Beschlussvorschlag**

**§ 21 Naturnahe Bestattungen für Urnen- und Erdbestattungen**

**Naturnahe Bestattungen für Urnen**

**(1)**

**Die Beisetzung der Urnen erfolgt in einer naturbelassenen Abteilung mit waldähnlichen Charakter auf dem Gertraudenfriedhof und Friedhof Halle Neustadt ohne Namensnennung. Umgeben von Bäumen und Sträuchern ist dieser Bereich des Friedhofes ein natürlicher Ort der Trauer und Besinnung. Bei der Wahl dieser Beisetzungsmöglichkeit steht die gemeinsame Naturverbundenheit im Vordergrund.**

**Naturnahe Bestattung für Erdbestattungen**

**(1)**

**Die Erdbestattungen erfolgen in einer naturnahen Abteilung des Gertraudenfriedhofes und Friedhof Halle Neustadt der Reihe nach innerhalb einer Rasenfläche, die von Bäumen und Sträuchern umgeben ist ohne Namensnennung.**

---

zu 5.13.7 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2011/09942**  
Vorlage: V/2011/10340

**Beschlussvorschlag:**

1. § 13 erhält folgende Fassung:

- (1) Die Ruhezeit für Leichen beträgt 20 Jahre.
- (2) Die Ruhezeit für Aschen beträgt 15 Jahre.
- (3) Umbettungen verlängern die Ruhezeit nicht.

2. § 16 (1) und (2) erhält folgende Fassung:

*(1) Reihengrabstätten für Erdbestattungen werden der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer von 20 Jahren Ruhezeit des Bestatteten/Beizusetzenden verliehen. In jeder Reihengrabstätte darf nur eine Leiche beigesetzt werden.*

(2) Reihengrabstätten für Urnenbeisetzungen werden der Reihe nach belegt. Das Nutzungsrecht beträgt 20 Jahre. Es können zwei Urnen beigesetzt werden, wenn die Ruhezeit von 15 Jahren gewährleistet ist.

3. § 16 (2) wird unverändert (3).

4. § 16 (3) wird unverändert (4).

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

---

**zu 5.13 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09942**

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form/Text):**

**Der Stadtrat beschließt die vorliegende 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale), einschließlich des Stadtgottesackers in Halle (Saale).**

---

**Anmerkungen:**

- Es wurden Änderungen in der Satzung vorgenommen.
- Die zugestimmten Änderungsanträge zu TOP 5.13.3 und TOP 5.13.5 werden in die Satzung entsprechend aufgenommen.

**zu 5.14 Verlängerungsvertrag über die Durchführung der öffentlichen Abfallentsorgung im Gebiet der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/10194**

**zu 5.14.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Bodo Meerheim (Fraktion DIE LINKE.) zur Beschlussvorlage "Verlängerungsvertrag über die Durchführung der öffentlichen Abfallentsorgung im Gebiet der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2011/10194)  
Vorlage: V/2011/10324**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 5.14.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Bodo Meerheim (Fraktion DIE LINKE.)  
zur Beschlussvorlage "Verlängerungsvertrag über die Durchführung der  
öffentlichen Abfallentsorgung im Gebiet der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-  
Nr.: V/2011/10194)  
Vorlage: V/2011/10324

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt:

Der § 9 (2) wird wie folgt geändert:

(2) Diese Entgelte (Einzelselbstkostenfestpreise) haben den jeweils geltenden preisrechtlichen Vorschriften zu entsprechen. Zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses sind dies die Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 21. November 1953 (BAnz. Nr. 244) - VO PR 30/53 -, in der jeweils geltenden Fassung und die Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten – LSP – (Anlage zur VO PR 30/53)- Hierbei wird für die kalkulatorische Verzinsung ein Zinssatz von 6,0 v. H. und ein kalkulatorischer Gewinn- und Wagniszuschlag i.H.v. ~~3,75%~~ 4 % der vor-kalkulatorisch ermittelten Selbstkostenfestpreise zugrunde gelegt.

---

zu 5.14 Verlängerungsvertrag über die Durchführung der öffentlichen Abfallentsorgung im Gebiet der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/10194

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss (in geänderter Form/Text):**

Der Stadtrat stimmt dem Abschluss des Verlängerungsvertrages über die Durchführung der öffentlichen Abfallentsorgung im Gebiet der Stadt Halle (Saale) mit Wirkung ab 1.1.2012 zu.

---

**Anmerkung:**

Es erfolgten Änderungen im Vertrag durch Zustimmung zum Änderungsantrag TOP 5.14.1.

**zu 5.15 Zweckvereinbarung zur Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Abfallentsorgung im Gewerbegebiet an der A 14  
Vorlage: V/2011/10170**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt dem Abschluss der Zweckvereinbarung zur Wahrnehmung der einheitlichen Abfallentsorgung im gemeindeübergreifenden Industriegebiet an der A 14 zu.

**zu 5.16 Ergänzung Baubeschluss vom 25.04.2007 zur Erhöhung der Tragfähigkeit der Bauwerke 34 und 35 Brücken über den Riebeckplatz im Zuge der B 6, Neugestaltung der Rampen  
Vorlage: V/2011/10055**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Neugestaltung der Rampen mit Kosten von 1.084.600 € als Ergänzung zum Baubeschluss zur Erhöhung der Tragfähigkeit der Bauwerke 34 und 35, Brücken über den Riebeckplatz im Zuge der B 6.

**zu 5.17 Umstufung eines Teilstücks der Zscherbener Landstraße und eines Teilstücks der Weststraße  
Vorlage: V/2011/10231**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt



- zu 5.20 **Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13**  
Vorlage: V/2011/09930
- zu 5.20.3 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 (Vorlage: V/2011/09930)**  
Vorlage: V/2011/10264
- zu 5.20.5 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 (Vorlagen-Nr. V/2011/09930)**  
Vorlage: V/2011/10321
- 

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, wies darauf hin, dass eine Änderung der Vorlage aufgrund des Beratungsverlaufes im Hauptausschuss am 07.12.2011 vorliege. Anschließend ging er ausführlich auf die einzelnen Beschlusspunkte ein und erläuterte diese.

Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beschlusspunkt 1.3 wurde seitens der Verwaltung nicht übernommen, da es derzeit ein wirtschaftliches Problem darstelle, mehr Kapazität als Bedarf zur Verfügung zu stellen, obwohl bestehende Gebäude kaum noch erhalten werden können.

Entsprechend der letzten Sitzung des Hauptausschusses wurde der Beschlusspunkt 1.6 dahin gehend geändert, dass mit der Schließung der Förderschule Jägerplatz der erforderliche Schulwechsel unter Berücksichtigung der Schüler- und Elternwünsche in die Förderschule Comeniusschule sowie in die Förderschule Pestalozzischule erfolgen könne. Weiterhin sei die Fusion der Förderschule Comeniusschule und der Förderschule Jägerplatz gestrichen.

In dem Zusammenhang wies **Herr Beigeordneter Kogge** darauf hin, dass die Vorgabe der Schulgröße hinsichtlich der Mindestschülerzahl Aufgabe des Landes sei. Er bat die Landtagsabgeordneten stärker auf eine Veränderung der Verordnung für die Größenordnung von Lernförderschulen hinzuwirken.

Weiterhin wurde die Fusion der Förderschule Makarenkoschule und der Förderschule Fröbelschule in den Ausschüssen abgelehnt. Die Verwaltung halte den Beschlusspunkt allerdings aufrecht. Dieser sei notwendig, da die Anzahl der Förderschüler abnehme.

Eine weitere Änderung erfolgte im Beschlusspunkt 2. Die Verwaltung habe entsprechend der letzten Sitzung des Hauptausschusses den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. hinsichtlich der Planungsgröße der Raumfaktoren übernommen

Darüber hinaus bezog sich **Herr Beigeordneter Kogge** auf den Beschlusspunkt 2 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum TOP 5.20.5. Die Nutzung der Weidenplanschule als eine Grundschule wäre zurzeit nicht möglich. Die Verwaltung werde aber entsprechend der Anlage 2 der Vorlage nach einem neuen Grundschulstandort in der nördlichen Innenstadt suchen, so dass weitere Prüfaufträge seitens des Stadtrates nicht erforderlich seien.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, beantragte zunächst eine Einzelabstimmung der Beschlusspunkte der Vorlage. Zudem bat er darum, der Vorlage der Verwaltung nicht zuzustimmen. In den Ausschüssen wurde lange und nachhaltig diskutiert und entsprechend der Abstimmungen ein einheitliches Ergebnis erzielt.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, stimmte zu, dass ein weiterer Grundschulstandort in der Innenstadt zwingend erforderlich sei. Insbesondere in der südlichen Innenstadt gebe es einen beträchtlichen Zuwachs an Kindern, welche zukünftig eine Grundschule besuchen werden.

Hinsichtlich der Grundschule Glaucha gab **Herr Lange** bekannt, dass seine Fraktion zwar die Notwendigkeit sehe, sich aber dazu enthalten werde, da kein Konzept bezüglich der Sanierung vorhanden sei. Eine Sanierung über das Förderprogramm STARK III wäre zum jetzigen Zeitpunkt fraglich.

Des Weiteren sei nach Auffassung seiner Fraktion die Prüfung eines Grundschulstandortes in der nördlichen Innenstadt notwendig. Hier könne er der Aussage von Herrn Kogge zustimmen, dass dies in der Vorlage der Verwaltung bereits festgeschrieben sei, so dass es dem Prüfauftrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht bedarf.

Darüber hinaus ging **Herr Lange** auf die Grundschule „Rosa Luxemburg“ ein und machte deutlich, dass er den Vorschlag der Verwaltung zur Schließung der Schule nicht nachvollziehen könne. Das Gebäude wäre in einem ordentlichen Zustand und werde intensiv genutzt. Ein Nachnutzungskonzept dafür konnte die Verwaltung bisher nicht vorlegen. Somit würde das Gebäude leer stehen. Aufgrund dessen wäre eine Schließung auch aus Konsolidierungsgründen nicht zielführend.

In Anbetracht dessen sollte die Grundschule „Rosa Luxemburg“ erhalten bleiben und zu einer zweizügigen Schule aufgebaut werden. Diese wäre vor allem im Hinblick auf die Thematik Inklusion dafür geeignet.

Bezugnehmend auf die Förderschullandschaft äußerte **Herr Lange**, dass diese sich zwangsläufig mittelfristig verändern werde. Das Paradigma der Inklusion sei dabei eine vernünftige Form. Für die Stadt Halle bedeute dies, dass immer weniger spezielle Förderschulen, insbesondere mit dem Förderschwerpunkt Lernen, erhalten bleiben, da die Schüler in den Grundschulen beschult werden sollen. Eine ähnliche Vorgehensweise sei zukünftig für den Sekundarschulbereich beabsichtigt. Um einer solchen Entwicklung flexibel entgegenzuwirken, wolle seine Fraktion die Förderschule Jägerplatz weiter erhalten.

Aus Sicht seiner Fraktion, so **Herr Lange** weiter, sollte die Entwicklung der Förderschullandschaft abgewartet werden, um dann eine zielführende Entscheidung treffen zu können. Aus diesem Grund werde man die Vorlage in diesem Punkt ablehnen.

Zudem lehne seine Fraktion die Fusion der Förderschule Makarenkoschule und der Förderschule Fröbelschule ab. Die Gebäudesubstanz beider Schulen sei nicht geeignet, hier müsse es einen Neubau geben.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, brachte zum Ausdruck, dass nach Auffassung seiner Fraktion die Vorlage der Verwaltung nur in einigen wenigen Punkten zielführend sei. Positiv und längst überfällig wäre die Eröffnung einer Grundschule in Glaucha.

Anschließend nannte **Herr Paulsen** die Punkte in der Vorlage, mit denen seine Fraktion nicht zufrieden sei. In der Fortschreibung wurden grundsätzlich nicht die Kernpunkte angegangen. Eine Vielzahl von Grundschulen in der Innenstadt sei überlastet. Die Verwaltung habe dahin gehend nichts getan und sei dem Willen des Stadtrates, eine ausführliche Betrachtung aller Schulformen vorzunehmen, nicht gerecht geworden. Infolge dessen wurde seitens seiner Fraktion der Änderungsantrag eingebracht, in der nördlichen Innenstadt einen Grundschulstandort zu eröffnen.

Weiterhin schloss sich **Herr Paulsen** den Ausführungen von Herrn Lange an und teilte mit, dass seine Fraktion der Schließung der Förderschule Jägerplatz ebenfalls nicht zustimmen könne.

Ebenso könne seine Fraktion die Schließung der Grundschule „Rosa Luxemburg“ nicht nachvollziehen. Zur langfristigen Sicherung einer Zweizügigkeit dieser Grundschule entsprechend des Änderungsantrages seiner Fraktion wurden für den vorgeschlagenen Einzugsbereich die im Bildungsausschuss gegebenen Informationen der Verwaltung herangezogen.

Zudem wurde mit dem Beschlusspunkt 2 des Änderungsantrages seiner Fraktion ein Prüfungsauftrag zur Neueinrichtung einer Grundschule in der nördlichen Innenstadt formuliert und entsprechend des Vorschlages der Oberbürgermeisterin in der letzten Hauptausschusssitzung angepasst. Die Aussage der Verwaltung könne hierbei nicht geteilt werden, dass in der Anlage 2 der Vorlage bereits die Prüfung eines Grundschulstandortes in der nördlichen Innenstadt festgeschrieben sei.

Hinsichtlich der Lessingschule machte **Herr Paulsen** deutlich, dass er die von der Verwaltung vorgesehene Doppelnutzung zwischen Hort und Schule in diesem Gebäude nicht für möglich halte. Die Raumkapazitäten der Lessingschule seien im nächsten Schuljahr erschöpft, so dass hierfür dringend eine Lösung gefunden werden müsse.

Aus vorgenannten Gründen bat **Herr Paulsen** um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion.

**Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion**, gab bekannt, dass seine Fraktion die vorliegende Schulentwicklungsplanung der Verwaltung insgesamt als zielführend erachte und der Vorlage zustimmen werde.

Hinsichtlich der Förderschule Jägerplatz erklärte **Herr Hopfgarten**, dass eine Aufrechterhaltung dieser nicht sinnvoll wäre. Er könne zwar nachvollziehen, dass Schulschließungen schwierig seien, allerdings wäre die Förderschule Jägerplatz nicht ausgelastet, so dass aufgrund der städtischen Haushaltssituation eine Schließung notwendig sei.

In Bezug auf die Grundschule „Rosa Luxemburg“ brachte **Herr Hopfgarten** zum Ausdruck, dass die Schule am unteren Rande der Zweizügigkeit existiere. Durch Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde vorgeschlagen, durch Veränderung der Schulbezirke die Schülerzahl und die Zweizügigkeit für die nächsten Jahre zu sichern. Dadurch gehen allerdings der Grundschule „Kastanienallee“ Schüler verloren, so dass letzten Endes zwei Schulen nicht ausgelastet seien. Dies könne keine nachhaltige Lösung sein. Daher stimme er in diesem Punkt der Vorlage der Verwaltung zu.

Weiterhin merkte **Herr Hopfgarten** an, dass er der Fusion der Förderschule Makarenschule und der Förderschule Fröbelschule nicht folge. Hier bestünde seines Erachtens kein akuter Handlungsbedarf. Die beiden Schulen seien für die nächsten Jahre weiterhin bestandsfähig. Es sollte versucht werden, eine mittelfristige Lösung zu finden.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, bezog sich auf die problematischen Themenschwerpunkte Grundschulen und Förderschulen. Es sei begrüßenswert, dass in der prekären Situation im Innenstadtbereich mit der Glauchaschule eine weitere Grundschule eröffnet werden soll. Aufgrund nicht steigender Bevölkerungs- und Kinderzahlen in der Stadt Halle könne dies aber nur eine Verlagerung von Kapazitäten in Wohngebieten bedeuten. Demzufolge werde ihre Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung, gleichzeitig die Grundschule „Rosa Luxemburg“ zu schließen, folgen.

Darüber hinaus machte **Frau Raab** deutlich, dass ihre Fraktion der Schließung der Förderschule Jägerplatz nicht zustimmen werde. Dies resultiere vor allem aus der Herangehensweise im Hinblick auf das Zustandekommen der geringen Schülerzahl.

Zudem erinnerte **Frau Raab** an ihren Vorschlag in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses, dass bei Zustimmung zur Schließung der Förderschule Jägerplatz den Eltern ein Wahlrecht eingeräumt werden sollte, ob ihre Kinder an die Förderschule Comeniuschule oder an die Förderschule Pestalozzischule wechseln. Dieser Wunsch wurde seitens der Eltern teilweise deutlich signalisiert, da die Konzepte der beiden Schulen unterschiedlich und ein Wechsel in die Förderschule Comeniuschule nicht zu befürworten sei. Aus diesem Grund wäre die Änderung der Vorlage an diesem Punkt begrüßenswert.

Des Weiteren gab **Frau Raab** bekannt, dass ihre Fraktion der Fusionierung der Förderschule Makarenschule und der Förderschule Fröbelschule zustimmen werde. Damit sei eine regional relativ gleichmäßige Verteilung von Förderschulstandorten für Lernbehinderte im gesamten Stadtgebiet gegeben und trotz der insgesamt gesenkten Kapazität von Förderschulplätzen wäre eine erträgliche Zumutbarkeit für Schulwege vorhanden.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, konnte den Ausführungen von Frau Raab nicht zustimmen. Es sei unbenommen, dass in der nördlichen bzw. südlichen Innenstadt ein weiterer Grundschulstandort erforderlich wäre. Dies könne aber nicht mit einer Verlagerung von Kapazitäten und der Schließung der Grundschule „Rosa Luxemburg“ in einem Zusammenhang betrachtet werden. Die Grundschule „Rosa Luxemburg“ sei aufgrund ihrer Schülerzahlen bestandsfähig und die Grundschule „Kastanienallee“ würde bei Zustimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entlastet werden.

Hinsichtlich der Förderschulen Fröbelschule und Makarenschule machte **Herr Schachtschneider** deutlich, dass diese im Hinblick auf die Schülerzahlen bestandsfähig seien. Zudem sei das bei einer Fusion vorgesehene Gebäude am Standort Trakehner Straße marode, so dass keine Verbesserung zu erwarten wäre.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ging auf die Wortmeldungen zur Fusion der Förderschule Makarenschule und der Förderschule Fröbelschule ein. Den Ausführungen von Herrn Lange, dass die Entwicklung der Förderschullandschaft abgewartet werden soll, könne sie nicht zustimmen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass man in die Zukunft denken müsse. In Halle-Neustadt wäre nur noch ein Standort für eine Förderschule erforderlich. Ziel der Verwaltung sei es, diesen Standort so instanzzusetzen, dass er für die Förderschüler angemessen sei. Sollte der Fusion der beiden Förderschulen nicht zugestimmt werden, sei eine Sanierung mit Fördermitteln kaum möglich.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, widersprach den Ausführungen der Oberbürgermeisterin. Es sei nicht tragbar, die Förderschüler mit unterschiedlichen Problemlagen von einem maroden Gebäude in einem anderen maroden Gebäude unterzubringen.

**Herr Lange** wies darauf hin, dass beide Förderschulen einer Fusion zustimmen. Dazu müsse aber vorerst ein entsprechend saniertes Gebäude bzw. ein Neubau vorhanden sein. Unter dieser Voraussetzung könne er einer Fusion dieser beiden Schulen ebenfalls zustimmen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** merkte an, dass vorerst eine Entscheidung zur Fusion getroffen werden müsse. Erst danach sei eine Sanierung oder ein Neubau möglich.

**Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE.**, machte deutlich, dass sie die Ansatzpunkte der Oberbürgermeisterin nicht nachvollziehen könne. Es ginge hierbei um pädagogische Konzepte für Kinder, wie beispielsweise in der Grundschule „Rosa Luxemburg“. Das Gebäude wäre saniert und in einem guten Zustand. Die Voraussetzungen für ein individualisiertes Lernen seien gegeben und die Bedingungen wären optimal. Dies müsse Ausgangspunkt dafür sein, wie man mit bereits bestehenden Schulen, in denen optimale Bedingungen für die Kinder vorhanden seien, umgehe.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wies darauf hin, dass sie lediglich Ausführungen zu den Förderschulen Fröbelschule und Makarenkoschule gemacht habe. Dies wäre eine völlig andere Thematik.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, beantragte eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte zum Änderungsantrag TOP 5.20.5.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Änderungsanträge und der Vorlage.

**zu 5.20.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 (Vorlage: V/2011/09930)  
Vorlage: V/2011/10264**

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

**Die Beschlusspunkte 1.6.3. und 1.6.4. werden ersatzlos gestrichen.**

---

zu 5.20.5 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 (Vorlagen-Nr. V/2011/09930)  
Vorlage: V/2011/10321

**Abstimmungsergebnis:** Einzelabstimmung der Beschlusspunkte  
Beschlusspunkt 1: mehrheitlich zugestimmt  
Beschlusspunkt 2: einstimmig zugestimmt

**Beschluss (in geänderter Form):**

1. Der Beschlussvorschlag in Punkt 1.3 wird geändert und erhält folgende Fassung:

Zur Sicherung der Bestandsfähigkeit der Grundschule „Rosa Luxemburg“ stimmt der Stadtrat einer Änderung der Schulbezirke der Grundschulen „Rosa Luxemburg“ und „Kastanienallee“ ab dem Schuljahr 2012/13 zu. Folgende Straßen des bisherigen Schulbezirkes der GS „Kastanienallee“ werden der GS „Rosa Luxemburg“ zugeordnet:

- An der Feuerwache (gerade Hausnr. 2 bis 36 )
- Gustav-Weidanz-Weg
- Richard Horn-Straße
- Gerhard-Marcks-Straße
- An der Magistrale (ungerade Hausnr. 1 bis 55)
- Ernst- Barlach-Ring
- Am Treff
- G.-Lichtenfeld-Weg
- G.-Geyer-Weg

2. Der Beschlussvorschlag wird um einen neuen Beschlusspunkt 1.8 ergänzt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Neueinrichtung eines Grundschulstandortes sowie die Neueröffnung einer Grundschule *im Bereich nördliche Innenstadt* zum Schuljahr 2013/14 ~~am unter Einbeziehung des Standorts Universitätsring 21~~ zu prüfen. Ziel ist die dauerhafte Entlastung der Grundschulstandorte „Neumarkt“, „Gotthold Ephraim Lessing“ und „Karl Friedrich Friesen“. Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2013/14 ~~in Verbindung mit Vorschlägen für eine Umsetzung der Außenstelle der Berufsbildenden Schulen V Universitätsring 21~~ vorgelegt.

---

zu 5.20 Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13  
Vorlage: V/2011/09930

<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	<b>Einzelabstimmung der Beschlusspunkte</b>
	Punkt 1.1: mehrheitlich zugestimmt
	Punkt 1.2: mehrheitlich zugestimmt
	Punkt 1.3: mehrheitlich zugestimmt
	Punkt 1.4: mehrheitlich zugestimmt
	Punkt 1.5: mehrheitlich zugestimmt
	Punkt 1.6.1: mehrheitlich abgelehnt
	Punkt 1.6.2: keine Abstimmung erforderlich
	Punkt 1.6.3: keine Abstimmung erforderlich
	Punkt 1.6.4: keine Abstimmung erforderlich
	Punkt 1.7: mehrheitlich zugestimmt
	Punkt 1.8: mehrheitlich zugestimmt
	Punkt 2: mehrheitlich zugestimmt
	Punkt 3: mehrheitlich zugestimmt
	Punkt 4: mehrheitlich zugestimmt
	Vorlage gesamt: mehrheitlich zugestimmt

**Bezugsbeschlüsse:**

- 1) Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14, festgestellt mit Stadtratsbeschluss vom 27.01.2010 (Vorlagen Nr. V/2009/08287) genehmigt mit Bescheid mit Auflagen des Landesverwaltungsamtes vom 31.03.2010.
- 2) Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2010/11, festgestellt mit Stadtratsbeschluss vom 24.02.2010 (Vorlagen Nr. V/2009/08549) genehmigt mit Bescheid des Landesverwaltungsamtes vom 03.06.2010.
- 3) Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen festgestellt mit Stadtratsbeschluss vom 27.10.2010 (Vorlagen Nr. V/2010/08664) genehmigt mit Bescheiden mit Auflagen des Landesverwaltungsamtes vom 18.03.2011 und 10.05.2011.
- 4) Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12, abgelehnt mit Stadtratsbeschluss vom 25.05.2011 (Vorlage Nr. V/2010/09214) belegt mit Bescheid mit Auflagen des Landesverwaltungsamtes vom 05.07.2011.
- 5) Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertageseinrichtungen 2010 vom 27.01.2010 (Vorlagen Nr. V/2009/08364).

**Beschluss (in geänderter Form/Text):**

1. Der Stadtrat stellt mit Beschluss die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes (SEPI) der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 mit den folgenden Einzelmaßnahmen fest.
  - 1.1. Der Stadtrat stimmt der Neueinrichtung eines Grundschulstandortes zum 01.08.2012 sowie der Neueröffnung einer Grundschule zum 01.08.2013 am

Standort Heinrich-Pera-Straße 13 zu. Die neue Grundschule soll bis auf Widerruf den Namen

Grundschule Glaucha

tragen.

Der neuen Grundschule wird der im Beschluss festgelegte Schulbezirk zugeordnet (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.2).

**mehrheitlich zugestimmt**

- 1.2. Der Stadtrat stimmt in Verbindung mit dem Beschlusspunkt 1.1 der Änderung der Schulbezirke der Grundschulen Johannesschule, „August Hermann Francke“ und „Am Ludwigsfeld“ ab Schuljahr 2012/13 zu (vgl. Abschnitt I Punkt 2.1.3).

**mehrheitlich zugestimmt**

- 1.3. Zur Sicherung der Bestandsfähigkeit der Grundschule „Rosa Luxemburg“ stimmt der Stadtrat einer Änderung der Schulbezirke der Grundschulen „Rosa Luxemburg“ und „Kastanienallee“ ab dem Schuljahr 2012/13 zu. Folgende Straßen des bisherigen Schulbezirkes der GS „Kastanienallee“ werden der GS „Rosa Luxemburg“ zugeordnet:

- An der Feuerwache (gerade Hausnr. 2 bis 36 )
- Gustav-Weidanz-Weg
- Richard Horn-Straße
- Gerhard-Marcks-Straße
- An der Magistrale (ungerade Hausnr. 1 bis 55)
- Ernst- Barlach-Ring
- Am Treff
- G.-Lichtenfeld-Weg
- G.-Geyer-Weg

~~Der Stadtrat stimmt einer auslaufenden Beschulung an der Grundschule „Rosa Luxemburg“ ab 01.08.2012 zu. Die auslaufende Beschulung endet mit der Schließung der Grundschule am 31.07.2014. Der Schulbezirk der Grundschule „Rosa Luxemburg“ wird der Grundschule Kastanienallee zugeordnet (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.3).~~

**geändert entsprechend des Änderungsantrages TOP 5.20.5  
mehrheitlich zugestimmt**

- 1.4. Der Stadtrat stimmt zu, den Standort Kurt-Wüsteneck-Straße 21 als dauerhaften Standort der Sekundarschule Halle-Süd vorzuhalten (vgl. Abschnitt II, Punkt 2.1.1).

**mehrheitlich zugestimmt**

- 1.5. Der Stadtrat stimmt der Aufhebung des Kabinetts für Wirtschaft/Technik, Hauswirtschaft, Liebenauer Straße 119 als eigenständige Einrichtung zu. Das Objekt wird ab 01.01.2012 schulorganisatorisch als Schulteil der KGS „Ulrich von Hutten“ geführt und im Produkt Gesamtschulen veranschlagt (vgl. Abschnitt 3, Punkt 2.1.1).

**mehrheitlich zugestimmt**

- 1.6. Der Stadtrat stimmt zu

- 1.6.1. ~~der Aufhebung der Förderschule Comeniuschule und der die Förderschule Jägerplatz als eigenständige Schulstandorte zum 31.07.2012 zu schließen und die Verwaltung zu beauftragen, im Rahmen der erforderlichen Schulwechsel mit der Schulbehörde unter Berücksichtigung der Schüler- und Elternwünsche eine Einweisung in die gewünschten Förderschulen abzustimmen.~~  
**mehrheitlich abgelehnt**
- 1.6.2. ~~der Fusion der Förderschule Comeniuschule und der Förderschule Jägerplatz ab 01.08.2012 am Standort Freimfelder Straße 88 zu einer neuen Förderschule für Lernbehinderte. Die neue Förderschule soll bis auf Widerruf den Namen Schule Freimfelde Förderschule für Lernbehinderte Nord-Ost tragen.~~  
**gestrichen durch Verwaltung**
- 1.6.3. ~~der Aufhebung der Förderschule Makarenkoschule und der Förderschule Fröbelschule als eigenständige Schulstandorte zum 31.07.2012.~~  
**gestrichen entsprechend des Änderungsantrages TOP 5.20.3**
- 1.6.4. ~~der Fusion der Förderschule Makarenkoschule und der Förderschule Fröbelschule ab 01.08.2012 am Standort Trakehner Str. 1 zu einer neuen Förderschule für Lernbehinderte. Die neue Förderschule soll bis auf Widerruf den Namen Schule am Rennbahnring, Förderschule für Lernbehinderte West tragen.~~  
**gestrichen entsprechend des Änderungsantrages TOP 5.20.3**
- 1.7. Der Stadtrat bestätigt die im Schulentwicklungsplan 2010/11 - 2013/14 für die Berufsbildenden Schulen (BbS) ausgewiesene Schließung des Standortes (Außenstelle) der BbS I/II am Grasnelkenweg 16 (vgl. Abschnitt IV, Punkt 2.1.1).  
**mehrheitlich zugestimmt**
- 1.8 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Neueinrichtung eines Grundschulstandortes sowie die Neueröffnung einer Grundschule *im Bereich nördliche Innenstadt* zum Schuljahr 2013/14 ~~am~~ *unter Einbeziehung des Standorts Universitätsring 21* zu prüfen. Ziel ist die dauerhafte Entlastung der Grundschulstandorte „Neumarkt“, „Gotthold Ephraim Lessing“ und „Karl Friedrich Friesen“. Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2013/14 ~~in Verbindung mit Vorschlägen für eine Umsetzung der Außenstelle der Berufsbildenden Schulen V-Universitätsring 21~~ vorgelegt.  
**neu eingefügt entsprechend des Änderungsantrages TOP 5.20.5  
mehrheitlich zugestimmt**
2. Der Stadtrat stimmt zu, dass im Rahmen weiterer Schulentwicklungsplanungen in der Stadt Halle (Saale) als Planungsgröße ein Raumfaktor von *mindestens* 1,2 Unterrichtsräumen je Klasse für die Schulform Grundschulen angewandt wird. Für alle anderen Schulformen allgemeinbildender Schulen wird als Planungsgröße ein Raumfaktor von *mindestens* 1,5 Unterrichtsräumen je Klasse festgelegt (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.1).  
**mehrheitlich zugestimmt**

3. Der Stadtrat nimmt die in Verbindung mit der Schulentwicklungsplanung stehenden Planvorhaben anderer Bereiche zur Kenntnis.  
Die Verwaltung wird beauftragt, zur Umsetzung dieser Maßnahmen (vgl. Abschnitt I – IV, Punkt 2.3 Tangierende Aufgabenbereiche) die entsprechenden Planungen vorzubereiten, einzuleiten und entsprechende Beschlussvorlagen dem Stadtrat zeitnah zur Entscheidung vorzulegen.  
**mehrheitlich zugestimmt**
  4. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2013/14 über den Realisierungsstand dieser Maßnahmen zu berichten.  
**mehrheitlich zugestimmt**
- 

Somit lautet der Beschluss wie folgt (Durch Ablehnung bzw. Streichung des Beschlusspunktes 1.6 ergibt sich eine neue Nummerierung der nachfolgenden beiden Punkte):

**Bezugsbeschlüsse:**

- 1) Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14, festgestellt mit Stadtratsbeschluss vom 27.01.2010 (Vorlagen Nr. V/2009/08287) genehmigt mit Bescheid mit Auflagen des Landesverwaltungsamtes vom 31.03.2010.
- 2) Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2010/11, festgestellt mit Stadtratsbeschluss vom 24.02.2010 (Vorlagen Nr. V/2009/08549) genehmigt mit Bescheid des Landesverwaltungsamtes vom 03.06.2010.
- 3) Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen festgestellt mit Stadtratsbeschluss vom 27.10.2010 (Vorlagen Nr. V/2010/08664) genehmigt mit Bescheiden mit Auflagen des Landesverwaltungsamtes vom 18.03.2011 und 10.05.2011.
- 4) Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12, abgelehnt mit Stadtratsbeschluss vom 25.05.2011 (Vorlage Nr. V/2010/09214) belegt mit Bescheid mit Auflagen des Landesverwaltungsamtes vom 05.07.2011.
- 5) Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertageseinrichtungen 2010 vom 27.01.2010 (Vorlagen Nr. V/2009/08364).

**Beschluss (in geänderter Form/Text):**

1. Der Stadtrat stellt mit Beschluss die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes (SEPI) der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 mit den folgenden Einzelmaßnahmen fest.
  - 1.1. Der Stadtrat stimmt der Neueinrichtung eines Grundschulstandortes zum 01.08.2012 sowie der Neueröffnung einer Grundschule zum 01.08.2013 am Standort Heinrich-Pera-Straße 13 zu. Die neue Grundschule soll bis auf Widerruf den Namen  
**Grundschule Glaucha**  
tragen.  
Der neuen Grundschule wird der im Beschluss festgelegte Schulbezirk zuge-

- ordnet (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.2).
- 1.2. Der Stadtrat stimmt in Verbindung mit dem Beschlusspunkt 1.1 der Änderung der Schulbezirke der Grundschulen Johannesschule, „August Hermann Francke“ und „Am Ludwigsfeld“ ab Schuljahr 2012/13 zu (vgl. Abschnitt I Punkt 2.1.3).
  - 1.3. Zur Sicherung der Bestandsfähigkeit der Grundschule „Rosa Luxemburg“ stimmt der Stadtrat einer Änderung der Schulbezirke der Grundschulen „Rosa Luxemburg“ und „Kastanienallee“ ab dem Schuljahr 2012/13 zu. Folgende Straßen des bisherigen Schulbezirkes der GS „Kastanienallee“ werden der GS „Rosa Luxemburg“ zugeordnet:
    - An der Feuerwache (gerade Hausnr. 2 bis 36 )
    - Gustav-Weidanz-Weg
    - Richard Horn-Straße
    - Gerhard-Marcks-Straße
    - An der Magistrale (ungerade Hausnr. 1 bis 55)
    - Ernst- Barlach-Ring
    - Am Treff
    - G.-Lichtenfeld-Weg
    - G.-Geyer-Weg
  - 1.4. Der Stadtrat stimmt zu, den Standort Kurt-Wüsteneck-Straße 21 als dauerhaften Standort der Sekundarschule Halle-Süd vorzuhalten (vgl. Abschnitt II, Punkt 2.1.1).
  - 1.5. Der Stadtrat stimmt der Aufhebung des Kabinetts für Wirtschaft/Technik, Hauswirtschaft, Liebenauer Straße 119 als eigenständige Einrichtung zu. Das Objekt wird ab 01.01.2012 schulorganisatorisch als Schulteil der KGS „Ulrich von Hutten“ geführt und im Produkt Gesamtschulen veranschlagt (vgl. Abschnitt 3, Punkt 2.1.1).
  - 1.6. Der Stadtrat bestätigt die im Schulentwicklungsplan 2010/11 - 2013/14 für die Berufsbildenden Schulen (BbS) ausgewiesene Schließung des Standortes (Außenstelle) der BbS I/II am Grasnelkenweg 16 (vgl. Abschnitt IV, Punkt 2.1.1).
  - 1.7. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Neueinrichtung eines Grundschulstandortes sowie die Neueröffnung einer Grundschule im Bereich nördliche Innenstadt zum Schuljahr 2013/14 unter Einbeziehung des Standorts Universitätsring 21 zu prüfen. Ziel ist die dauerhafte Entlastung der Grundschulstandorte „Neumarkt“, „Gotthold Ephraim Lessing“ und „Karl Friedrich Friesen“. Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2013/14 vorgelegt.
  2. Der Stadtrat stimmt zu, dass im Rahmen weiterer Schulentwicklungsplanungen in der Stadt Halle (Saale) als Planungsgröße ein Raumfaktor von mindestens 1,2 Unterrichtsräumen je Klasse für die Schulform Grundschulen angewandt wird. Für alle anderen Schulformen allgemeinbildender Schulen wird als Planungsgröße ein Raumfaktor von mindestens 1,5 Unterrichtsräumen je Klasse festgelegt (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.1).
  3. Der Stadtrat nimmt die in Verbindung mit der Schulentwicklungsplanung stehenden Planvorhaben anderer Bereiche zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Umsetzung dieser Maßnahmen (vgl. Abschnitt I – IV, Punkt 2.3 Tangierende Aufgabenbereiche) die entsprechenden Planungen vorzubereiten, einzuleiten und entsprechende Beschlussvorlagen dem Stadtrat zeitnah zur Entscheidung vorzulegen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2013/14 über den Realisierungsstand dieser Maßnahmen zu berichten.

#### **zu 5.21 Langfristkonzept Saline-Ensemble Vorlage: V/2011/09849**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss (in geänderter Form):**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, eine Machbarkeitsstudie *durch die Verwaltung* zum Langfristkonzept Saline-Ensemble mit dem Ziel der Einwerbung von Fördermitteln für die bauliche Instandsetzung der Saline durchzuführen.

Die Ansätze des Grobkonzeptes werden zur Kenntnis genommen. Die Realisierung ist abhängig von der Finanzierung des Projekts.

---

**Anmerkungen:**

- Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:  
Der Stadtrat bestätigt das Langfristkonzept Saline-Ensemble als Grundlage für die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie mit dem Ziel der Einwerbung von Fördermitteln für die bauliche Instandsetzung der Saline. Die Realisierung ist abhängig von der Finanzierung des Projekts.
- Änderungen im Beschlusstext sowie bei den finanziellen Auswirkungen aufgrund der übernommenen Änderungsanträge.

#### **zu 5.22 Genehmigung einer Mehrausgabe für das Vorhaben Netzanschluss Anschlussstelle Gimritzer Damm - Trafostation, Technische Anlagen Stromversorgung, im Haushaltsjahr 2011 Vorlage: V/2011/10339**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

## **Beschluss:**

**Der Stadtrat beschließt folgende Mehrausgabe im Haushaltsjahr 2011:**

**Mehrausgabe für das Vorhaben Netzanschluss Gemeindestraßen Anschlussstelle Gimritzer Damm 1-Trafostation, Technische Anlagen, Haushaltsstelle 2.6300.945000-311, in Höhe von 148.900 EUR.**

**Die Deckung erfolgt aus den Haushaltsstellen 2.6300.950000-095, Gemeindestraßen, SRWW Hafensbahnbrücke bis Holzplatz, Tiefbau, in Höhe von 95.000 EUR und 2.8800.340000-002, Wohn- und Geschäftsanwesen, Jahresansätze, Veräußerung von Gebäuden und Grundstücken, in Höhe von 53.900 EUR.**

---

*Der Stadtrat legte eine Pause von 33 Minuten ein.*

---

**zu 6        Wiedervorlage**

**zu 6.2     Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Gestaltung des Marktplatzes  
Vorlage: V/2011/09695**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion,** erklärte, dass nach intensiven Gesprächen eine Beleuchtung des Händel-Denkmales von unten mit einem sehr hohen Aufwand verbunden sei und auch anderweitige Formen der Beleuchtung möglich sein könnten.

Aufgrund dessen nahm er folgende Änderung im Beschlusspunkt 1 des Antrages seiner Fraktion vor:

1. eine Installation von Scheinwerfern, die bei Dunkelheit das Händeldenkmal ~~von schräg unten~~ **möglichst** anstrahlen und ...

Aus Sicht seiner Fraktion sei es für die Stadt Halle als Händelstadt unabdingbar, das Händel-Denkmal für die Bürger und Besucher entsprechend erkennbar zu machen.

Insofern sollte man sich jetzt intensiv mit den Planungen beschäftigen, um mittelfristig eine Beleuchtung installieren zu können. In dem Zusammenhang sollte sich möglicherweise mit der EVH abgestimmt werden, um mit dem Fachpersonal eine geeignete und preisgünstige Beleuchtung zu finden.

**Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE.,** beantragte eine Einzelabstimmung der Beschlusspunkte, da seine Fraktion dem Beschlusspunkt 1 zustimmen könne, dem Beschlusspunkt 2 allerdings nicht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einzelabstimmung der Punkte**  
Punkt 1: mehrheitlich zugestimmt  
Punkt 2: mehrheitlich abgelehnt

**Beschluss (in geänderter Form):**

Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin das Umfeld des Händeldenkmales auf dem halleschen Marktplatz neu zu gestalten durch:

1. eine Installation von Scheinwerfern, die bei Dunkelheit das Händeldenkmal ~~möglichst von schräg unten~~ anstrahlen und **mehrheitlich zugestimmt**
2. eine Begrünung des unmittelbaren Umfeldes einschließlich der untersten Stufe des Händeldenkmales durch eine dauerhafte Bepflanzung. **mehrheitlich abgelehnt**

Auf eine Umzäunung des Denkmals ist zu verzichten.

---

Somit lautet der Beschluss wie folgt:

**Beschluss (in geänderter Form):**

Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin das Umfeld des Händeldenkmales auf dem halleschen Marktplatz neu zu gestalten durch eine Installation von Scheinwerfern, die bei Dunkelheit das Händeldenkmal anstrahlen.

Auf eine Umzäunung des Denkmals ist zu verzichten.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte darauf aufmerksam, dass im Antrag kein Zeitpunkt hinsichtlich der Umsetzung ausgewiesen sei. Die Stadtverwaltung könne der Intention des Antrages zustimmen, eine Umsetzung erfolge aber unter Berücksichtigung der städtischen Haushaltslage.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, verwies auf die schriftliche Anfrage zu den Kosten der Beleuchtung der Berliner Brücke. Hier könnte evtl. eine Reduzierung vorgenommen werden, um die Beleuchtung des Handel-Denkmales zu finanzieren.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wies darauf hin, dass die Beleuchtung der Berliner Brücke zu den laufenden Unterhaltungskosten zähle. Die Beleuchtung des Handel-Denkmales hingegen wäre eine neue Maßnahme.

**zu 6.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sportverwaltung in**

**Halle**  
**Vorlage: V/2011/10070**

**zu 6.4.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion  
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Sportverwaltung in Halle**  
**Vorlage: V/2011/10287**

---

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erinnerte eingangs daran, dass der vorliegende Antrag bereits vor einiger Zeit eingebracht wurde und ihre Fraktion im August eine Anfrage zu dieser Thematik gestellt habe, welche seitens der Verwaltung nicht beantwortet wurde.

Insofern sei es ihres Erachtens möglich, dem Stadtrat entsprechende Vorschläge zur Organisationsform der Sportverwaltung bis zu seiner Sitzung im Januar 2012 vorzulegen.

Weiterhin teilte **Frau Krausbeck** mit, dass sie im Falle der Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion davon ausgehe, dass seitens der Verwaltung bis zum März keine weiteren Handlungen vorgenommen werden, da es sich hierbei um die originäre Zuständigkeit des Stadtrates handele.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass sie dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zustimmen könne und der Stadtrat bei weitergehenden Überlegungen, wie z. B. einer Ausgliederung, einbezogen werde. Dazu erfolgen Gespräche mit dem Stadtsportbund. Anschließend werde dem Stadtrat ein entsprechendes Konzept vorgelegt.

Ungeachtet dessen wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ausdrücklich darauf hin, dass der Stadtrat nicht über die Umsetzung der Aufgaben mit zu entscheiden habe, die im Rahmen ihrer Organisationshoheit liegen. Dies werde sie auch nicht zulassen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Änderungsantrages sowie des Antrages.

**zu 6.4.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion  
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Sportverwaltung in Halle**  
**Vorlage: V/2011/10287**

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**



### **Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, am Hauptbahnhof eine suffiziente Wegweisung zum Stadtzentrum für internationale Besucher unserer Stadt zu installieren. Zudem soll die Stadtverwaltung mit der Deutschen Bahn eine entsprechende Ausschilderung im Bahnhofsgelände aushandeln.

zu 7.2      **Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines verbindlichen Konzeptes für den Weihnachtsmarkt 2012 (inkl. "Wintermarkt")**  
Vorlage: V/2011/10278

zu 7.2.1    **Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines verbindlichen Konzeptes für den Weihnachtsmarkt 2012 (inkl. „Wintermarkt“) (Vorlage: V/2011/10278)**  
Vorlage: V/2011/10328

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten sowie in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7.2.1    **Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines verbindlichen Konzeptes für den Weihnachtsmarkt 2012 (inkl. „Wintermarkt“) (Vorlage: V/2011/10278)**  
Vorlage: V/2011/10328

### **Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat bis zur Märzsession 2012 eine Information vor, die folgende Angaben zum Weihnachtsmarkt enthält:*

- *Dauer, tägliche Öffnungszeiten, Aufbau- und Abbaufristen;*
- *Ausschreibungstext für die Händlerbewerbung;*
- *Kooperationen mit den Partnerstädten;*
- *Attraktionen.*

### **Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in den  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,**  
**Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung**

---

zu 7.2      **Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines verbindlichen Konzeptes für den Weihnachtsmarkt 2012 (inkl. "Wintermarkt")**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt:*

*Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat bis spätestens zur Märzsession 2012 ein verbindliches Konzept zur Durchführung des Weihnachtsmarktes 2012 in der Stadt Halle (Saale) zur Beschlussfassung vor.*

*Dieses Konzept soll die folgenden Festlegungen enthalten:*

- *zeitliche Vorgaben zu Aufbau, Eröffnung, Ende und Abbau*
- *tägliche Öffnungszeiten*
- *Warenangebot*
- *Standanordnung*
- *kulturelles Beiprogramm*
- *musikalische Beschallung*
- *Einbindung unserer Partnerstädte*
- *besondere Attraktionen (wie z.B. Eisbahn)*
- *Rahmenthema*
- *ggf. anschließender Wintermarkt (mit den o.g. Kriterien)*

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in den  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,  
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung**

**zu 7.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aktualisierung der Spielflächenkonzeption aus dem Jahr 2006**

**Vorlage: V/2011/10293**

**zu 7.3.1 Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aktualisierung der Spielflächenkonzeption aus dem Jahr 2006 (V/2011/10293)**

**Vorlage: V/2011/10323**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion und erläuterte die Hintergründe der Einbringung. Im Februar 2006 hatte der Stadtrat die Spielflächenkonzeption mit dem Auftrag an die Verwaltung beschlossen, diese kontinuierlich fortzuschreiben und nach fünf Jahren erneut dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Stellungnahme der Verwaltung sei zu entnehmen gewesen, dass mit der Erarbeitung der Kleingartenkonzeption verwaltungsintern eine Verschiebung der Prioritäten vorgenommen wurde.

Da auch die seitens des Stadtrates damals beschlossene Prioritätenliste kaum Wirkung entfaltet habe, wolle man mit dem Antrag der Vorlage zur Fortschreibung der Spielflächenkon-

zeption Nachdruck verleihen.

In den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses wurden Vorschläge eingebracht, wie bestimmte Spielplätze mit Patenschaften vorangebracht werden könnten. Dem müsse aus Sicht ihrer Fraktion nicht nur Verwaltungshandeln, sondern eine Prioritätenentscheidung des Stadtrates zugrunde liegen. Demzufolge wäre es wichtig, im 1. Quartal 2012 in den Ausschüssen darüber zu beraten.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies auf die derzeitige personelle Situation innerhalb der Stadtverwaltung und brachte zum Ausdruck, dass die Einbringung der Fortschreibung der Spielflächenkonzeption im 1. Quartal nicht zu leisten sei.

Sie wäre für die Prioritätensetzung in der Verwaltung verantwortlich und habe sich in Abstimmung mit dem zuständigen Dezernat darauf verständigt, vorerst die Kleingartenkonzeption zu erarbeiten.

Insofern sei die Einbringung einer fundierten Vorlage zur Fortschreibung der Spielflächenkonzeption entsprechend ihres Änderungsantrages erst im 3. Quartal 2012 möglich.

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, gab bekannt, dass seine Fraktion sowohl dem Antrag als auch dem Änderungsantrag folgen könne. Gleichzeitig merkte er an, dass eine Einbringung der Vorlage im 3. Quartal nicht wirklich nachvollziehbar sei, da das zuständige Dezernat von dem Personalmangel nicht in dem Maße betroffen wäre.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erklärte, dass er die Prioritätensetzung der Verwaltung ebenfalls nicht nachvollziehen könne. Es sei davon auszugehen, dass offensichtlich die Erarbeitung der Kleingartenkonzeption wichtiger wäre als die Spielflächenkonzeption und beide Themenbereiche gegeneinander ausgespielt werden.

Weiterhin könne er sich nicht erklären, weshalb das zuständige Dezernat mit der Erarbeitung der Kleingartenkonzeption komplett ausgelastet sein soll, da bereits Ende des letzten Jahres die Erarbeitung der Fortschreibung der Spielflächenkonzeption bis Juni 2011 seitens des Stadtrates beschlossen wurde. Insofern sei die Vorlage dieser im 1. Quartal 2012 durchaus realistisch.

**Herr Paulsen** bat darum, die Prioritäten innerhalb der Verwaltung so zu setzen, dass die Fortschreibung der Spielflächenkonzeption früher vorgelegt werden könne, ohne dass die Kleingartenkonzeption gänzlich vernachlässigt werde.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, wies darauf hin, dass entsprechend des Stadtratsbeschlusses die Arbeiten an der Kleingartenkonzeption nicht in der vorgesehenen Größenordnung vergeben, sondern von der Verwaltung selbst erbracht werden sollen. Damit sei das städtische Personal für die Umsetzung dieser Aufgabe gebunden. Zudem habe jeder Mitarbeiter seinen jeweiligen Aufgabenbereich, so dass nur ein bestimmter Personenkreis sich mit der Kleingartenkonzeption beschäftige. Nach Abschluss dieser könne die Spielflächenkonzeption in Angriff genommen werden.

Darüber hinaus machte **Herr Beigeordneter Stäglin** deutlich, dass sowohl die Kleingartenkonzeption als auch die Spielkonzeption wichtig wären. Die Vorlage der Fortschreibung der Spielflächenkonzeption sei aber erst im 3. Quartal realistisch.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte inwieweit sich die Stadtverwaltung seit dem Stadtratsbeschluss im Dezember 2010 bis zum Juni 2011 mit der Spielflä-

chenkonzeption beschäftigt habe.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, antwortete, dass er diese Frage nicht beantworten könne, da er erst ab August 2011 sein Amt angetreten habe. Im Zuge dessen erinnerte er an eine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dieser Thematik. Die Verwaltung habe in ihrer Antwort dargestellt, dass konkrete Planungen an bestimmten Spielplätzen aufgrund der städtischen Haushaltssituation nicht umgesetzt werden konnten, so dass nicht von einer Untätigkeit seitens der Verwaltung auszugehen sei.

Zudem merkte **Herr Beigeordneter Stäglin** an, dass die Erarbeitung der Kleingartenkonzeption auch in Bezug auf die Frage der Flächennutzung dringend erforderlich sei und zum Abschluss gebracht werden müsse.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Antrages.

zu 7.3.1 **Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aktualisierung der Spielflächenkonzeption aus dem Jahr 2006 (V/2011/10293)**  
Vorlage: V/2011/10323

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Fortschreibung der im Februar 2006 beschlossenen Spielflächenkonzeption zur Beratung in den Fachausschüssen und Beschlussfassung im Stadtrat im 3. *Quartal* 2012 vorzulegen.

---

zu 7.3 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aktualisierung der Spielflächenkonzeption aus dem Jahr 2006**  
Vorlage: V/2011/10293

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss (in geänderter Form):**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Fortschreibung der im Februar 2006 beschlossenen Spielflächenkonzeption zur Beratung in den Fachausschüssen und Beschlussfassung im Stadtrat im ~~1. Quartal~~ 3. *Quartal* 2012 vorzulegen.

zu 7.4 **Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe im Jahr 2012**

**Vorlage: V/2011/10301**

**zu 7.4.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe im Jahr 2012 (Vorl. V/2011/10301)**  
**Vorlage: V/2011/10342**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, teilte mit, dass hinsichtlich der Förderung der Träger der freien Jugendhilfe für das Jahr 2012 zwischenzeitlich eine Vorlage der Verwaltung für die Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.12.2011 eingebracht wurde.

Dennoch sei der Antrag ihrer Fraktion weiterhin relevant, da die Träger eine Planungssicherheit bekommen sollten und klar geregelt sein müsse, welche Aufgaben sie umsetzen können. Zudem sage die Vorlage der Verwaltung wenig darüber aus, ob Zuwendungsbescheide oder Verträge vorgesehen seien, so dass die Träger keinerlei Grundlage haben. Einzig allein das Fachkräfteprogramm ab dem 01.01.2012 wäre gesichert.

Aus vorgenannten Gründen sollten im Jugendhilfeausschuss verbindliche Festlegungen für die Träger getroffen werden. Alle haushaltsrelevanten Dinge können im Rahmen der Haushaltsberatungen geführt werden.

Weiterhin wies **Frau Dr. Brock** darauf hin, dass einige Träger aufgrund eigener Rechtsunsicherheit ihre Angebote eingestellt haben. Dies könne und wolle ihre Fraktion nicht hinnehmen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies den Antrag einschließlich des soeben vorgelegten Änderungsantrages der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in den Jugendhilfeausschuss, um ihn dort im Zusammenhang mit der Vorlage der Verwaltung beraten zu können.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, gab bekannt, dass ihre Fraktion den Antrag unterstütze. Bei dem Gespräch mit den Trägern vor der heutigen Stadtratssitzung sei deutlich geworden, dass mit dem Antrag und der Vorlage der Verwaltung zudem eine Art Vorratsbeschluss gefasst werde, um bei entsprechender Haushaltslage die Mittel auszahlen zu können. Möglicherweise werde auch eine Priorisierung von Mitteln beschlossen, welche bisher im Haushalt noch nicht eingestellt waren.

Darüber hinaus ging **Frau Raab** auf die im Unterausschuss Jugendhilfeplanung vorgenommene Priorisierung der Mittel für die freien Träger ein. Hierbei wurde sich auf ein Punktesystem verständigt, nach dem eine Bewertung der eingehenden Anträge vorgenommen werden sollte. Das Zustandekommen dieses haben die freien Träger kritisiert, da vermutlich aus Personal- oder Zeitmangel lediglich ein städtischer Mitarbeiter ohne weitere Kontrolle die Bewertung vorgenommen habe. Ebenso wurde die zugesagte Beratung bei mangelhaften Anträgen nicht durchgeführt.

In Anbetracht dessen kündigte **Frau Raab** an, dass ihre Fraktion dahin gehend einen Antrag einbringen werde, dass die Punktbewertung der Beschlussfassung im Jugendhilfeaus-

schuss nicht das Kriterium sei, sondern eine politische Entscheidung erfolge.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, gab bekannt, dass ihre Fraktion hierzu einen Änderungsantrag eingebracht habe, welcher eine Konkretisierung des Antrages beinhalte. Weiterhin könne sie den Antrag sowie die Ausführungen ihrer Vorrednerinnen unterstützen.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, kritisierte, dass über den in der Pause eingereichten Änderungsantrag seitens des Stadtratsvorsitzenden vor der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt nicht informiert wurde.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, wies darauf hin, dass er den Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM erst während der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt erhalten habe und aus diesem Grund für ihn keine Möglichkeit bestand, vorher über diesen zu informieren.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 7.4.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe im Jahr 2012 (Vorl. V/2011/10301)  
Vorlage: V/2011/10342**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:*

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 20.12.2011 zur Förderung von Angeboten der Träger der freien Jugendhilfe im Jahr 2012 umfassend über das geplante Vorgehen und dessen mögliche Auswirkungen im Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung zu informieren. **Es wird dargestellt, welche der vorgeschlagenen Mittel in welcher Weise (bspw. vertraglich fixiert) und zu welchem Zeitpunkt an die freien Träger ausgereicht werden, sodass die freien Träger verbindliche Aussagen zum Förderverfahren im Jahr 2012 erhalten.***

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**  
durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den  
**Jugendhilfeausschuss**

---

**zu 7.4 Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Angebote der Trä-**

**ger der freien Jugendhilfe im Jahr 2012**  
**Vorlage: V/2011/10301**

**geänderter Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am ~~12.01.2012~~ **20.12.2011** ~~eine Entscheidungsvorlage zur Förderung von Angeboten der Träger der freien Jugendhilfe im Jahr 2012 einzubringen und darüber hinaus umfassend über das geplante Vorgehen und dessen mögliche Auswirkungen im Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung zu informieren.~~*

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den  
**Jugendhilfeausschuss**

**zu 7.5 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Änderung der Satzung zur  
Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011**  
**Vorlage: V/2011/10217**

---

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, erklärte, dass mit dem Antrag die Sekundarschulen gestärkt und eine Gleichbehandlung erreicht werden solle. Entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung, würden pro Schuljahr Mehrkosten in Höhe von ca. 30.000 bis 45.000 € entstehen.

**Herr Schachtschneider** machte deutlich, dass nach einer Deckungsmöglichkeit gesucht werden müsse, um die Satzung zur Schülerbeförderung dahin gehend ändern zu können. Infolge dessen verwies er den Antrag namens der Fraktion in den Bildungsausschuss sowie in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, gab bekannt, dass seine Fraktion den Antrag trotz der stringenten Haushaltsauflagen unterstütze, da dieser die bisherige Ungleichbehandlung gegenüber den Sekundarschülern behebe. Es müsse gewährleistet werden, dass Schüler, die während des Schulbesuchs ihren Wohnort wechseln und in einen anderen Schulbezirk ziehen, weiterhin ihre bisherige Schule besuchen können und die Schülerfahrkarte erstattet bekommen.

Zudem merkte **Herr Lange** an, dass resultierend aus der letzten Sitzung des Bildungsausschusses sich insgesamt über die Satzung zur Schülerbeförderung verständigt werden müsse, da einige Probleme deutlich wurden.

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, teilte mit, dass seine Fraktion dem Antrag ebenfalls zustimmen könne und schloss sich den Ausführungen von Herrn Lange an. Er gehe davon aus, dass nur wenige Familien davon betroffen seien und in den Ausschusssitzungen über eine Finanzierungsmöglichkeit beraten werden sollte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

Die Satzung soll folgendermaßen geändert werden:

1. § 5 (1) a) *Im ersten Anstrich wird das Wort „nur“ gestrichen  
Es wird ein zweiter Anstrich mit folgendem Wortlaut eingefügt:  
„- bei Inanspruchnahme der Regelung nach § 41 Abs. 3 SchulG LSA“*
2. § 6 (2) Satz 1 *der Klammerausdruck „(z.B. bei Schülern der Abschlussklasse 10)“  
entfällt*

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**  
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den  
**Bildungsausschuss,**  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

**zu 8** **schriftliche Anfragen von Stadträten**

**zu 8.1** **Anfrage der CDU-Fraktion betreffend die Genossenschaft "Kommunale IT-Union eG"**  
**Vorlage: V/2011/10279**

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion,** fragte bezogen auf die Beantwortung der Fragen 2 und 3, seit wann Bemühungen einer Mitgliedschaft in der Genossenschaft bestünden und seit wann eine abschließende Rückmeldung der KITU ausstehe.

**Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal,** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.2** **Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft**  
**Vorlage: V/2011/10289**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.3** **Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Rückstellungsempfehlungen bei der Schuleingangsuntersuchung**

**Vorlage: V/2011/10292**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.4     Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Vermietungsangeboten der  
Landeskunststiftung an Vereine und Verbände  
Vorlage: V/2011/10294**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.5     Anfrage der Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Stadtratsfraktion) zur  
Kontrolle der Fremdfirmen durch das Grünflächenamt  
Vorlage: V/2011/10267**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.6     Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung von  
Vorschlägen für Förderungen durch die Saalesparkasse  
Vorlage: V/2011/10295**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erklärte sich mit der Antwort nicht einverstanden und bat um Beantwortung, ob seitens der Stadtverwaltung Vorschläge eingereicht wurden und welche Ämter an der Erstellung der Vorschläge beteiligt waren.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass allein der Vorstand der Saalesparkasse über eine Begünstigung an die jeweiligen gemeinnützigen Vereine entscheide. Seitens der Stadtverwaltung wurden keine Vorschläge eingereicht. Dies wäre auch nicht möglich gewesen, da die Vereine eigenständig ihre Anträge einreichen müssen.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.7     Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Hortbedarfsplanung  
Vorlage: V/2011/10297**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.8     Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung von**

## **Stadtratsbeschlüssen**

### **Vorlage: V/2011/10298**

---

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

#### **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Herr Paulsen bitte.

#### **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich habe Nachfragen zu Punkt 1 und zu Punkt 2. Wir haben ja im Rat beschlossen, dass die Investitionsprioritätenliste jeweils mit den Haushaltseckpunkten diskutiert und beschlossen wird. Und deshalb hatten wir im Mai auch festgelegt, dass im September diese Einbringung erfolgen soll.

Jetzt ist es so, dass diese Liste unmittelbar mit den Haushaltsberatungen diskutiert werden soll. Und damit haben wir den Zustand, dass für 2012 eigentlich nichts mehr abänderbar ist.

Gibt es denn wenigstens eine aktualisierte Investitionsprioritätenliste dahin gehend, dass das Land ja die Investitionspauschale gekürzt hat und sich das widerspiegeln müsste?

#### **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Herr Geier bitte.

#### **Herr Bürgermeister Geier:**

Gehen wir einfach mal positiv ran. Die Entscheidung im Landtag ist noch nicht getroffen. Aber für die Ausschussberatungen wird ein Vorschlag erarbeitet, wo dann diese Kürzung bei der Investitionspauschale kompensiert werden soll. Das läuft jetzt sozusagen parallel.

Und ich bin auch der Auffassung, dass man diese Investitionsprioritätenliste mit dieser positiven Annahme, d. h. keine Kürzung der Investitionspauschale einbringen muss, weil das war auch immer unsere Argumentation bei den Gremien im Landtag und in Magdeburg.

#### **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Gut, dann der zweite Punkt. Es geht um die Raum- und Gebäudebestandsanalyse. Irgendwie finde ich drehen wir uns jetzt ein bisschen im Kreis, wenn ich mir die Antwort der Oberbürgermeisterin anschau.

Wir hatten hier im Rat am 29. Juni 2011 beschlossen, dass die Verwaltung die Raum- und Gebäudebestandsanalyse als Informationsvorlage vorlegt. Widerspruch von Ihnen zu diesem Beschluss kenne ich nicht. Und der Stadtrat hat damit ganz eindeutig zu erkennen gegeben, dass er das nicht als reine Verwaltungsangelegenheit sieht, sondern hier informiert werden möchte.

Insofern gehe ich davon aus, dass Sie grundsätzlich diese Raum- und Gebäudebestandsanalyse vorlegen. Und der Punkt war ja, wir hätten jetzt gerne gewusst, wann der neue Termin dafür ist. Weil wenn wir es vorgelegt bekommen, dann würden wir gerne wissen, wann das erfolgen soll.

#### **Frau Oberbürgermeisterin Szabados:**

Auch diese Frage habe ich Ihnen beantwortet.

#### **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Nein haben Sie nicht. Wann wird die vorgelegt?

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados:**

Mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Doch Frau Oberbürgermeisterin. Ich habe eine Frage gestellt.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados:**

Ich sehe das als eine Verwaltungsangelegenheit an und werde auch so verfahren.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Frau Oberbürgermeisterin, es gibt einen Stadtratsbeschluss, der sagt, wir wollen diese Informationsvorlage haben. Sie haben diesem Stadtratsbeschluss nicht widersprochen. Wir haben das Recht auf Informationen. Und ich frage, wann Sie diese Informationsvorlage vorlegen. Bitte antworten Sie mir schriftlich darauf. Danke.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados:**

Kann ich gerne tun.

*Ende des Wortprotokolls.*

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.9      Anfrage der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zum Umsetzungsstand der grünordnerischen Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 8.3 und Nr. 8.4 in Halle-Büschdorf  
Vorlage: V/2011/10299**

---

**Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Januar 2012 vertagt.**

**zu 8.10     Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Neuschaffung von Parkmöglichkeiten am Robert-Franz-Ring  
Vorlage: V/2011/10300**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.11     Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) und der**

**Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Problematik der Katzenkastration**  
**Vorlage: V/2011/10236**

---

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, merkte an, dass die Anfrage seitens der Verwaltung relativ kurz und knapp beantwortet wurde, so dass er nicht nachvollziehen könne, weshalb eine Antwort nicht bereits in der letzten Stadtratssitzung hätte erfolgen können.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.12 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Kleingartenanlage "Steinernen Jungfrau"**  
**Vorlage: V/2011/10283**

---

**Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Januar 2012 vertagt.**

**zu 8.13 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zum Verzehr von Lebensmitteln in öffentlichen Verkehrsmitteln**  
**Vorlage: V/2011/10257**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.14 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Stromzahlung der Berliner Brücke**  
**Vorlage: V/2011/10258**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 9 Mitteilungen**

**zu 9.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II**

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 9.2 Vergabebericht 2010**  
**Vorlage: V/2011/10205**

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 9.3 Grundsätze der Verkehrsorganisation in der Altstadt von Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/10023**

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

**weitere Mitteilungen:**

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bezog sich auf den im Doppik-Workshop für die Stadträte ausgehändigten Fragebogen zur Reform des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens. Sie teilte mit, dass der Fragebogen und dessen Auswertung der Niederschrift dieser Stadtratssitzung den Stadträten zur Kenntnis beigelegt werden.

**Protokollanmerkung:**

*Die Auswertung des Fragebogens haben die Stadtratsmitglieder in Papierform bereits vor der Stadtratssitzung erhalten. Der Fragebogen als solcher ist der Niederschrift beigelegt.*

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies auf die Diskussionen in der letzten Stadtratssitzung zum TOP 5.19

Haushaltssatzung 2011, Widerspruchsbescheid des Landesverwaltungsamtes vom 04.11.2011 hier: Klage  
Vorlage: V/2011/10277

hinsichtlich der Klagemöglichkeiten gegen das FAG. Die Verwaltung sei gegen die Bescheide des FAG für die Jahre 2010 und 2011 in Widerspruch gegangen und habe diese aufgrund der Klagen einiger Gemeinden gegen das FAG ruhen lassen. Nach nochmaliger Durchsicht der Unterlagen wurde festgestellt, dass seitens der Verwaltung andere Schwerpunkte als in den Klagen der Gemeinden zu klären seien.

In Anbetracht dessen wurde dem Landesverwaltungsamt mitgeteilt, das Ruhen der Widersprüche der Stadt Halle gegen die Bescheide des FAG für die Jahre 2010 und 2011 aufzuheben. Im Zuge dessen müsse das Landesverwaltungsamt eine Entscheidung über die Widersprüche treffen, so dass dagegen bei Bedarf Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht werden könne. Somit könne man die Problematik FAG möglicherweise auch vor dem Landesverfassungsgericht thematisieren.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bedankte sich bei den Stadträten für die Hinweise. Über den Sachstand werde sie zum gegebenen Zeitpunkt informieren.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, fragte nach der maximalen Bearbeitungszeit des Landesverwaltungsamtes zur Entscheidung über den Widerspruch.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine Prüfung und Information dahin gehend zu. Darüber könne sie zum jetzigen Zeitpunkt keine Auskunft geben.

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bezog sich auf ihre Anregung aus der letzten Stadtratssitzung sowie auf die Anfrage von Herrn Wolter in der letzten Hauptausschusssitzung zur Aktion „Leerer Stuhl - Freiheit für Liu Xiaobo“ am 10.12.2011. Seitens der Oberbürgermeisterin wurde zugesagt, dass sich die Stadt über den Zeit-Geschichte(n) e. V. oder in einer anderen Form an der Aktion beteiligen werde. Dies wäre nicht erfolgt.

**Frau Wolff** brachte zum Ausdruck, dass es auch im Hinblick auf die Städtepartnerschaft mit der chinesischen Stadt Jiaxing bedauerlich sei, dass sich die Stadt Halle nicht wie zugesagt an der Aktion beteiligt habe.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

## **zu 10 mündliche Anfragen von Stadträten**

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, ging auf die Öffnungszeiten des diesjährigen Weihnachtsmarktes ein. Entsprechend der Ausschreibung war eine Öffnungszeit bis 20:00 Uhr vorgesehen. Jetzt seien die Stände teilweise bis 22:00 Uhr geöffnet.

Demzufolge fragte **Herr Krause**, wie dies zustande gekommen sei und wie sich dieser DisSENS mit der Ausschreibung vereinbaren lasse, da sich bei einer ausgeschriebenen Öffnungszeit bis 22:00 Uhr möglicherweise andere Händler beworben hätten.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, fragte nach den Gründen, weshalb der „DisKO-Bus 99“ von Bruckdorf in den Saalekreis eingestellt wurde und regte an, mit dem Saalekreis nach einer alternativen Lösung zu suchen.

Darüber hinaus fragte **Herr Dr. Diaby**, wie das Schulobstprogramm in der Stadt Halle angenommen wurde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Gleichzeitig bat sie darum, nur dringende Themen anzusprechen.

---

**Herr Bonan, SPD-Fraktion**, fragte bezogen auf die Radroute Hafenbahntrasse, wann die bereits seit längerem vorhandene Sperrung des Teilabschnitts am Kurt-Wabbel-Stadion aufgehoben werde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, merkte an, dass dieser Abschnitt derzeit instandgesetzt werde.

---

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, fragte nach dem aktuellen Sachstand zum Weg am Passendorfer Schlösschen.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, verwies auf das gerichtliche Verfahren. Es werde versucht eine Einigung dahin gehend zu erzielen, dass der Eigentümer eine neue Wegführung errichte. Bisher wurde seitens des Eigentümers dem nicht zugestimmt.

---

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, fragte entsprechend ihrer Anfrage im letzten Hauptausschuss nach den Eigentumsverhältnissen der Trafostation in der Talstraße.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass dazu im Januar 2012 eine Beratung stattfinden werde. Die EVH sei Eigentümerin der Trafostation in der Talstraße. Demzufolge wäre es ihres Erachtens auch Aufgabe des Eigentümers, dort die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die Verwaltung habe die EVH angeschrieben mit der Bitte um Beantwortung innerhalb der nächsten 14 Tagen, ob und wie die Versorgungssicherheit gewährleistet sei bzw. werde.

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, bezog sich auf seine nicht öffentliche Anfrage aus der Hauptausschusssitzung vom 16.11.2011 zur Auszahlung von Fördermitteln an Sportvereine. Mit Schreiben vom 30.11.2011 habe er allerdings eine Antwort hinsichtlich der Auszahlung von Fördermitteln an den Stadtsportbund erhalten.

Infolge dessen fragte **Herr Bönisch** nach dem aktuellen Stand der Auszahlungen von Fördermitteln an Sportvereine.

**Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Gleichzeitig merkte er an, dass zwischen den unmittelbaren Auszahlungen an den Stadtsportbund und den mitgliederbezogenen Zuwendungen sowie Zuwendungen für ehrenamtlich tätige Sportlehrkräfte direkt an die Sportvereine zu unterscheiden sei.

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, informierte darüber, dass entsprechend eines Berichtes in der Leipziger Volkszeitung die Klage der Stadt Leipzig gegen die Baugenehmigung des Factory Outlet Centers in Wiedemar derzeit vor dem Verwaltungsgericht Leipzig verhandelt werde.

Zudem zitierte **Herr Paulsen** folgenden Satz aus dem Pressebericht:

„... Durch das Factory Outlet Center Brehna, dessen Jahresumsatz mit 81 Mio. € beziffert wird, drohen nach einem Gutachten des Landkreises Anhalt/Bitterfeld der Leipziger Innenstadt, dem Alleecenter in Grünau und dem Paunsdorf Center jeweils 5 % Kaufkraftverlust ...“

In Anbetracht dessen fragte **Herr Paulsen**, ob der Stadt Halle das Gutachten bekannt sei bzw. sich darum bemühen werde. Hieraus können möglicherweise auch die Auswirkungen auf die Stadt Halle hervorgehen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

## zu 11 Anregungen

**zu 11.1 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Park- und Halteregelung vor dem Technischen Rathaus**  
**Vorlage: V/2011/10296**

---

**Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.**

**weitere Anregungen:**

**Frau Raab, FDP-Fraktion,** regte an, die Parkverbotsschilder in der Brüderstraße fest zu installieren. Derzeit werden die Parkverbotsschilder von den PKW-Fahrern zum Teil selbständig verschoben, um ordnungsgemäß parken zu können. Dies habe zur Folge, dass aufgrund der Baustelle am Gebäude der Marktwirtschaft und der engen Verkehrsführung die LKW-Fahrer die Befestigung des Gebäudes berühren. Dies wäre auch für den Zustand des Gebäudes nicht förderlich.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte zu, dem nachzugehen.

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion,** regte an, eine Möglichkeit im Internet zu schaffen, dass die Unterlagen für die Ausschuss- und Stadtratssitzungen für die Stadträte durch die Betätigung eines Buttons komplett downloadbar seien. Derzeit müsse jedes Dokument einzeln aufgerufen werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nahm die Anregung auf.

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** regte an, dauerhaft eine sogenannte Bookcrossing-Möglichkeit zu errichten. Der Stand der Stadtmarketing GmbH auf dem Weihnachtsmarkt, bei dem Bücher gebracht und dafür ein beliebig anderes mitgenommen werden könne, werde seitens der Bürger positiv angenommen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nahm die Anregung auf.

---

**Frau Ewert, SPD-Fraktion,** bezog sich auf die Anregung ihrer Fraktion zum TOP 11.1

Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Park- und Halteregelung vor dem  
Technischen Rathaus  
Vorlage: V/2011/10296

und erklärte, dass sie mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden wäre. Sie sei ebenfalls der Auffassung, dass eine Möglichkeit zum Be- und Entladen am Objekt Hansering 15 vorzuhalten wäre. Allerdings werde in Höhe des Eingangs des Technischen Rathauses beispielsweise durch den Eigenbetrieb ZGM oder anderweitige Servicefahrzeuge weiterhin dauerhaft geparkt. Dies behindere und gefährde den Straßenverkehr.

Demzufolge bat **Frau Ewert**, dass entsprechend der Anregung ihrer Fraktion ein dauerhaftes Parken vor dem Technischen Rathaus nicht gestattet werde und bei Bedarf das Ordnungsamt eingreife.

Es gab keine weiteren Anregungen.

## zu 12     **Anträge auf Akteneinsicht**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, gab bekannt, dass folgender Antrag auf Akteneinsicht vorliege:

Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion DIE LINKE.

- in den Jahresabschluss der Singschule aus dem Jahr 2010,
- in den Jahresabschluss des Halloren- und Salinemuseums aus dem Jahr 2010,
- in die Verträge zum Verkauf des Passendorfer Schlösschens und des Passendorfer Rittergutes.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass hinsichtlich der Singschule sowie des Halloren- und Salinemuseums ihrerseits Unklarheiten bestünden. Die Singschule sei ein Verein und habe keinen Jahresabschluss. Demzufolge fragte sie, ob hier der Verwendungsnachweis gemeint sei.

Hinsichtlich des Halloren- und Salinemuseums fragte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, ob hierbei der Verein Hallesches Salinemuseum e. V. gemeint sei und somit ebenfalls Akteneinsicht in den Verwendungsnachweis beantragt werde.

Seitens der **Fraktion DIE LINKE** wurde dies bestätigt.

Weitere Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die 28. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

---

Harald Bartl  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

Anja Schneider  
stellv. Protokollführerin